

56. Sitzung

Donnerstag, den 11.08.2016

Erfurt, Plenarsaal

**Schluss mit dem Bildungs-
chaos in Thüringen – Schulen
brauchen Verlässlichkeit und
engagierte Lehrer statt neuer
Reformen**

4707

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/2452 -

Ministerin Dr. Klaubert erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird wegen des von der Fraktion der CDU erhobenen Widerspruchs gemäß § 106 Abs. 2 Satz 2 GO festgestellt.

Die beantragte Überweisung der Nummer II des Antrags an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport wird abgelehnt. Die Nummer II des Antrags wird abgelehnt.

Emde, CDU	4707, 4708
Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport	4708, 4712
Mohring, CDU	4716, 4717, 4717, 4717, 4719, 4741
Wolf, DIE LINKE	4720, 4721, 4721, 4723, 4723
Muhsal, AfD	4726
Rosin, SPD	4727
Tischner, CDU	4730, 4735
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4735
Brandner, AfD	4740

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Helmerich, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Reinholz

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Keller, Dr. Klaubert, Lauinger, Dr. Poppenhäger, Siegesmund, Tiefensee

Beginn: 14.41 Uhr

Vizepräsident Höhn:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zur zweiten heutigen Sitzung des Thüringer Landtags willkommen, die ich hiermit eröffne. Auch vereinzelt Gästen auf der Zuschauertribüne gilt unser Gruß sowie natürlich den Vertreterinnen und Vertretern der Medien.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der Fraktion der CDU einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 6/2453 vor.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführer Herr Abgeordneter Kobelt neben mir Platz genommen. Die Redeliste führt Frau Abgeordnete Herold.

Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Abgeordneter Gruhner, Herr Abgeordneter Krumpe, Herr Abgeordneter Zippel, Frau Abgeordnete König, Frau Ministerin Werner und Herr Minister Prof. Dr. Hoff.

Ich gebe zunächst einen Hinweis zur Tagesordnung: Die Landesregierung hat mitgeteilt, dass zu dem beantragten Tagesordnungspunkt von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht wird.

Zunächst die Frage: Gibt es noch den Wunsch zur Ergänzung der Tagesordnung für die jetzige Plenarsitzung aus den Reihen der Fraktionen? Das kann ich nicht erkennen.

Damit kommen wir zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts**

Schluss mit dem Bildungschaos in Thüringen – Schulen brauchen Verlässlichkeit und engagierte Lehrer statt neuer Reformen

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/2452 -

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Die nimmt Herr Abgeordneter Emde vor. Sie haben das Wort.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Frau Klaubert aus der Presse von gestern zitieren. Sie sagte: „Ich denke, dass wir gut ins neue Schuljahr starten können“. Ich denke, Frau

Ministerin, Sie leiden nicht an Wirklichkeitsverlust, sondern Sie genießen ihn auch noch.

(Beifall CDU, AfD)

Das, was ich aus den Lehrerkonferenzen dieser Woche höre, hört sich ganz anders an. Frau Ministerin, das Vertrauen in die Führung des Bildungsressorts ist vollkommen im Keller. Das sind nicht nur meine Worte, sondern das habe ich mehrfach so gehört. Aktuell macht sich das neben dem allorts beklagten Lehrermangel zum Beispiel an der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung von Klassenfahrten fest. Wie wollen Sie bei einem solchen Bürokratismus auch noch einen einzigen Lehrer dafür gewinnen, dass er Lust auf Klassenfahrten hat? Wie wollen Sie denn mit einem solchen Bürokratismus dem Vorwurf, dass es hier um ein Misstrauen gegen die Eigenverantwortung von Schule geht, noch begegnen?

(Beifall CDU)

Nur mal zum Verständnis in die Runde: Wenn ein Lehrer für das Frühjahr 2018 eine Klassenfahrt plant – was er nicht tut, weil er ja nicht weiß, ob er zu dem Zeitpunkt überhaupt noch Klassenlehrer ist, ob es die Klasse noch gibt, ob es seine Schule noch gibt –, aber wenn er es dann täte, dass er für 2018 plant, dann muss er seine Klassenfahrt bereits bis zum Dezember dieses Jahres form- und fristgerecht beantragen. Aber, Frau Ministerin, was mindestens genauso schlimm wirkt wie dieses Bürokratiemonster, welches wie andere Bürokratiemonster die Lehrerschaft knebelt, ist die Art, wie es zustande kommt. Frau Staatssekretärin Ohler spricht mit Praktikern und verspricht auf alle Fragen, die sie nicht beantworten kann – das sollen eine ganze Menge sein –, eine Antwort und verspricht auch, die vorgetragenen Einwände ernst zu nehmen. Tatsächlich aber, meine Damen und Herren, werden alle Bedenken und Vorschläge in den Wind geschlagen. Lehrer, Erzieher, Eltern, Schüler, Fachleute werden einfach nicht mehr ernst genommen. Sie werden auch nicht einbezogen. Meine Damen und Herren, so verstößt man gegen geborene Partner in der Sache für gute Bildungspolitik. Man vergibt die riesige Chance, diese Fachkompetenz und das Engagement zu nutzen. Ich zitiere den Chef der größten Thüringer Lehrgewerkschaft, grüß Gott, Rolf Busch: „Bildungspolitik wird in Thüringen hinter verschlossenen Türen, über die Köpfe des Lehrpersonals hinweg und ohne Bezug zur alltäglichen Realität gemacht.“ Das kann man so ganz dick unterstreichen.

(Beifall CDU, AfD)

Frau Klaubert, Sie werden damit zitiert, dass Sie Herrn Busch Ihre Telefonnummer gegeben haben. Dort könne er anrufen, wenn er Fragen hat. Aber genau dort beginnt das Problem, dort fängt es an: Alibiveranstaltungen statt Beteiligte ernst zu neh-

(Abg. Emde)

men, Misstrauen statt Vertrauen gegenüber den Pädagogen, Schule gängeln statt sie zu unterstützen, Engagement abwürgen statt es zu fördern. Frau Klaubert, 800 langzeitkranke Lehrer, die sind nicht etwa deshalb alle krank, weil sie etwas alt sind, sondern es hat eben etwas damit zu tun, wenn man sich fragt, werde ich von meinem Dienstherrn noch wertgeschätzt, werde ich von ihm unterstützt,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Langzeiterkrankungen haben auch lange Vorläufe!)

oder wenn die Verhältnisse in der Schule – Stichwort „Inklusion“ – so weit zugespitzt werden, dass sich Lehrer nicht mehr zu helfen wissen. Frau Ministerin ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Sie behaupten jetzt, die sind gar nicht krank? Das ist ja ungeheuerlich, wenn Sie das den Lehrern vorwerfen!)

Doch – nein, nein, die sind krank. Ich rede nur über die Ursachen, warum sie krank werden.

Meine Damen und Herren, in der Schulpolitik ist es ein Gebot der Stunde, sich neben allen politisch motivierten Wünschen, wie Verstaatlichung der Horte, Neufassung von Bildungs- und Lehrplänen, Forcierung der Gemeinschaftsschule, Totalinklusion mit Abschaffung der Förderschulen, Festlegung von Schulmindestgrößen – Sie müssen sich auf das Wesentliche konzentrieren und das ist die Absicherung der personellen Basis für den Unterricht. Die Ursachen des Lehrermangels sieht der Thüringer Lehrerverband in der Verweigerung von Verbeamtung, von Höhergruppierung, in den hohen Anforderungen aufgrund von Inklusion und Integration und den nicht dem tatsächlichen Bedarf angepassten Neueinstellungen. Das sehen wir genauso. Die GEW sieht es auch genauso. Eines muss noch hinzugefügt werden, das ist nämlich die völlig untaugliche Einstellungspraxis. Ich will das ganz kurz erläutern. In Bayern erhält ein Referendar nach Abschluss schon Anfang Mai einen Arbeitsvertrag und den Zugang zum Beamtenverhältnis, und das obwohl in Bayern das Schuljahr erst im September beginnt. In Thüringen ist im Mai noch gar nichts. Da werden dann im Juni mal die ersten Gespräche geführt, wenn alle anderen schon lange in anderen Bundesländern abgefangen sind. Das muss sich ändern. Sie müssen sich nicht wundern, wenn Sie die richtigen Lehrer nicht bekommen.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Das scheint alles vom Himmel gefallen zu sein!)

Da bin ich wieder bei dem Thema „Wirklichkeitsverlust“, denn bei den 480 angeblich eingestellten Lehrern

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege Emde, das Kontingent für die Begründung ist leider erschöpft.

Abgeordneter Emde, CDU:

– ich komme zum Ende – müssen Sie wirklich mal nachfragen, ob das die Lehrer sind, die Thüringen braucht und die dann auch in Thüringen bleiben. Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, die Schulpolitik, die Sie in diesem Land gemeinsam verantworten, ist eine Bankrotterklärung. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

So viel zur Begründung des Antrags. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass die Landesregierung einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags erstattet. Deswegen erteile ich Frau Ministerin Klaubert das Wort.

Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser qualifizierten Begründung des Antrags möchte ich gern zum Punkt I aus dem Antrag Bericht erstatten und auf einige Dinge aus dem Punkt II eingehen. Vielleicht ist es ganz gut, dass ein Sonderplenum zu Beginn eines Schuljahrs stattfindet, dass man einmal sehen kann, wie die Situation ist, wer wofür Verantwortung trägt, wer sich in den Maschinenraum dieses Landes begeben hat, um die Maschinen wieder zum Laufen zu bringen und wie das alles weitergehen soll.

(Unruhe CDU)

Zum Ersten möchte ich einige Dinge zur Personalüberleitung in den Horten sagen. Ich sage Ihnen, die Personalüberleitung in den Horten ist ein Erfolg.

(Beifall DIE LINKE)

Seit dem 1. August sind 1.091 Erzieherinnen und Erzieher in den Landesdienst gewechselt.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Was hätten sie sonst machen sollen?)

Sie sind als Kommunalbedienstete – übrigens zum großen Teil aus befristeten Arbeitsverhältnissen – in unbefristete Arbeitsverhältnisse beim Land übergegangen. Der Betrieb in den Horten ging und geht reibungslos weiter, keiner blieb geschlossen, eingespielte Teams in den Grundschulhorten blieben zusammen, Eltern mussten nicht um die Betreuung ihrer Kinder bangen und die Kinder werden weiterhin nach der Schule und vor der Schule in vertrau-

(Ministerin Dr. Klaubert)

ter Umgebung betreut. Alle Unkenrufe, die es vorher gab, sind damit ad absurdum geführt.

Die Überleitung von über 1.000 Erzieherinnen und Erziehern in wenigen Wochen war ein gewaltiges Mammutprojekt, welches uns gelungen ist. Jahrelang hatten die Erzieher in den Horten im Erprobungsmodell befristete Arbeitsverträge. Immer wieder gab es Unsicherheit, die übrigens auch immer wieder ausgesprochen worden ist. Offensichtlich hat man das völlig vergessen. Wir haben dafür gesorgt, dass die von den am Modellprojekt beteiligten Schulträgern eingestellten Erzieherinnen und Erzieher endlich einen festen Vertrag bekommen.

Da ich im Land recht viel unterwegs bin, haben auch mir Leute von ihrem Schicksal erzählt, mit 8-jährigen immer wieder befristeten Arbeitsverträgen. Das nennen Sie also anständige Arbeitsverhältnisse und unsere Überleitung in den Landesdienst in unbefristete Arbeitsverträge nennen Sie unanständig. Sie sollten Ihren Realitätssinn überprüfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Überleitung der Erzieherinnen und Erzieher ist im Vorgang so erfolgt, dass der bisherige Stellenumfang erhalten blieb; nicht mit der Rückstufung auf 50 Prozent – übrigens haben wir die 50-Prozent-Regelung bei den Erzieherinnen und den Erziehern in den Horten auch nicht eingeführt – und ohne dass der Jahresurlaub verfallen ist, ohne dass die Erfahrungsstufen verloren wurden und ohne dass die Stufenrestlaufzeit in den Wind geschlagen werden musste. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Hortkoordinatorinnen ihre Aufgabe behalten und in den Schulämtern zur Verfügung stehen. Damit sind gleichberechtigte Bedingungen an den Grundschulhorten im ganzen Land gesichert worden.

Klar war das ein Kraftakt. Das haben wir nie verschwiegen. Das ist in mehreren Debatten im Plenum und auch im Ausschuss zum Ausdruck gebracht worden. Aber ich gestatte mir noch einmal, auf das Jahr 2008 zurückzuweisen. 2008 haben Sie das Erprobungsmodell eingeführt und es ging nicht um pädagogische Konzepte. Es ging damals um den Rest des Vorhabens um Ministerpräsident Althaus, mit der Familienoffensive eine völlig andere Familien- und Bildungspolitik zu gestalten. Viele haben damals dagegen protestiert und demzufolge ist die Frage gewesen, wie sich diese Koalition dazu verhält. Verbunden war es übrigens damals noch mit dem Trick, dass man mit der Kommunalisierung der Erzieherinnen und Erzieher in den Horten das Spiel von rechte Tasche, linke Tasche betreibt und diese Erzieherinnen aus dem Landesdienst entfernt, weil sich so die Personalsituation besser darstellt, aber natürlich die Aufgabe da ist und vor Ort geleistet werden muss und demzufolge die Situation so war, dass diese Erzieherinnen und Erzieher

im Personalbudget auf der kommunalen Seite zu Buche schlugen. Das ganze Erprobungsmodell – und das ist auch benannt worden und Sie wissen es, und auch Sie, Herr Emde, wissen es, wir haben in früheren Zeiten oft darüber gesprochen – war nicht bis zum Ende durchdacht.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Erzählen Sie doch nicht so ein Zeug. Sie hätten doch Alternativen gehabt! Das ist doch ein Witz!)

Rechtlich stand es auf tönernen Füßen, ich verweise an der Stelle nur auf das Schulgesetz. Im Schulgesetz ist ausgedrückt, dass Beschäftigte in den Horten im Landesdienst sein müssen. Und auch die Vorgängerregierung wusste schon, warum sie die Finger davon gelassen hat. Wir haben es angepackt. Wir haben eine Lösung gefunden. Zugegeben, sie war nicht einfach. Wir haben sie uns wahrlich errungen und wir haben die Thüringer Horte an den Grundschulen zukunftsfest gemacht. Nun beginnt der nächste Schritt, die guten Erfahrungen aus dem Modellversuch fortzuschreiben und die entsprechenden ganztägigen Angebote übrigens – ich hoffe, dass der Landesgesetzgeber dann mitgeht einschließlich der Oppositionsfraktion CDU – auch auf die Klassenstufen 5 und 6 zu erweitern. Das zum Punkt I.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Punkt II: Wir haben auch das Berufsschulnetz zukunftssicher gemacht. Über Jahre und Legislaturperioden hinweg sind im Berufsschulbereich aus verschiedenen Gründen Entscheidungen verschleppt worden. Seit dem Schuljahr 2000/2001 haben wir es mit einer Halbierung der Schülerzahlen an den Berufsschulen zu tun und das war auch abzusehen. Das kam nicht über Nacht.

Kinder, die nicht geboren werden, oder Kinder, die nicht im Land bleiben, die werden auch die Berufsschulen nicht besuchen. An den allgemeinbildenden Schulen hat sich das bereits deutlich gemacht. Nun frage ich: Haben Sie in den vielen Jahren Ihrer Regierungszeit – zum großen Teil, ohne dass Sie auf irgendeinen Partner Rücksicht nehmen mussten – darauf überhaupt einmal vorausschauend reagiert? Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht, mit welchen Konzepten man dieser demografischen Entwicklung in Thüringen überhaupt entgegen kann? Kann man sichern, dass in Zukunft, wenn sich die Bevölkerungsentwicklung derart gestaltet, auch im Bildungssystem, das Geld, das zur Verfügung steht, auch für die Qualität der Bildung eingesetzt werden kann? Sie haben die Augen zugemacht. Sie haben keine Konzepte aufgegriffen. Ich werde dann noch eines von Ihnen zitieren, das Sie selbst in Auftrag gegeben haben und nichts, null Komma nichts getan haben.

(Ministerin Dr. Klaubert)

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Es sind immer die anderen!)

Es sind nicht immer die anderen. Ich stelle den Zustand fest, in dem ich die Situation zum ersten Mal selbst steuern konnte. Wir haben in Thüringen an den berufsbildenden Schulen die teuerste Ausbildung. 6.200 Euro geben wir pro Kopf aus. Nun könnte ich sagen: Das ist gut so. Wir sparen nicht an Bildung, wir wollen dieses Geld auch ausgeben. Aber wenn man die teuerste Berufsausbildung hat und die entsprechenden qualitativen Effekte nicht eintreten und wenn es Ausfall auch an den Berufsschulen gibt, wenn wir ein Viertel unterfrequentierte Klassen haben, wenn wir im Bereich spezifischer Fächer händeringend nach den Fachkräften suchen und wenn wir auf der anderen Seite eine zurückgehende Nachfrage nach dualer Ausbildung haben, dann muss man sich doch einmal überlegen, wie wir mit diesem Umstand umgehen. Da sage ich auch: Warum haben Sie das vorher nicht angepackt? Was ich als Erstes auf den Tisch bekommen habe, waren Bescheide zur Schließung zahlreicher Ausbildungseinrichtungen.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Oh, wer hat die denn unterschrieben?)

Diese Bescheide haben wir nicht unterschrieben. Wir haben in den verschiedenen Regionen in Thüringen mit unterschiedlichen Partnern einen einjährigen Diskussionsprozess in Gang gesetzt, und wir haben begonnen, strukturelle Entscheidungen, die wir treffen mussten, umzusetzen. Das eine, muss ich sagen, ist, dass wir darauf eingegangen sind, dass uns die Berufsschulen und übrigens auch die Kammern gesagt haben, dass sie einen mittelfristigen Planungsprozess brauchen. Auf diesen mittelfristigen Planungsprozess sind wir eingegangen. Mittelfristig haben wir zunächst definiert – und da haben wir sehr viel Zuspruch erfahren –, dass wir über zwei Ausbildungszyklen planen können. Das sind also zwei mal drei Jahre, die übliche Durchlaufzeit an der Berufsschule. Natürlich muss man dazu das Berufsschulnetz straffen. Wenn ich in dieses System eingreife, in Liebgewordenes, was viele Jahre funktioniert hat, aber eben nicht mehr die Effekte brachte, dann muss man damit rechnen, dass es an dieser Stelle schmerzhaft Eingriffe gibt und dass man für diese Eingriffe auch Begründungen finden muss, zum Beispiel dass ein Viertel unterfrequentierte Klassen unser Budget so belasten, dass an der einen Stelle die Qualität nicht ausreicht und auf der anderen Seite Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Also mit „unterfrequentiert!“ meine ich jetzt nicht 15er-Klassen, das sind zum Teil Klassen mit unter zehn Schülerinnen und Schülern. Dann haben wir gesagt, bestimmte Berufe müssen wir in ihrer Ausbildung konzentrieren. Parallel dazu haben wir die Zuschussrichtlinie überarbeitet. Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen haben wir uns über diese Zuschussrichtlinie verständigt, haben die Mit-

tel dafür in den Haushalt 2016/2017 eingebracht. Diese Zuschussrichtlinie ermöglicht jetzt den jungen Leuten, dass dann, wenn der Weg zur Berufsschule länger ist, durch diese Zuschüsse die entsprechende Unterstützung gewährleistet werden kann. Wir haben zahlreiche Gespräche mit den Schulträgern vor Ort geführt. Wir haben positive Erfahrungen, von sehr vernünftigen Entscheidungen vor Ort bis hin zu Ablehnung unserer Entscheidung, gemacht und haben jetzt einen Zustand, dass wir die erste Stufe dieses Prozesses geschafft haben und dass wir demzufolge in die nächsten Jahre für zwei mal drei Ausbildungsperioden an den Berufsschulen diese Sicherheit haben. Interessanterweise wird mir das unterwegs auch immer wieder gesagt. Auch die Kammern sagen, dass das für sie ganz wichtig ist. Aber natürlich obenauf ist oft die Kritik des Zustands. Das verstehe ich. Aber eins darf man auch nicht machen: Man darf nicht durch die rosarote Brille schauen und dafür bin ich nicht bekannt. Aber man darf auch nicht die schwarze Brille aufsetzen und keinerlei Tatbestände mehr wahrnehmen, wo sich etwas verändert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Sachverhalt – Klassenfahrten: Ich wiederhole es noch einmal, obwohl schon an vielen Stellen gesagt. Eigentlich macht mich die Debatte darum ziemlich wütend und eigentlich kann ich Ihnen nur sagen: Zahlreiche Schülerinnen und Schüler gehen auf Klassenfahrt, zahlreiche Beantragungen gibt es, Lehrerinnen und Lehrer gehen auf Klassenfahrt und an vielen Stellen dieses Freistaats gibt es dazu keine Diskussion, aber akzeptiert: Dort, wo es Probleme gibt, muss man sich diese anschauen. Jetzt weise ich auch noch einmal auf Ihre Erfahrungen aus vergangenen Legislaturperioden zurück: Lehrerinnen und Lehrer haben früher keine Dienstreisekosten erhalten.

(Zwischenruf Abg. Schulze, CDU: Haben Sie nichts beantragt?)

(Heiterkeit im Hause)

Das verschlägt mir jetzt fast die Sprache. Aber da muss schon mehr kommen.

Die Lehrerinnen und Lehrer haben keine Dienstreisekosten bekommen. Wenn sie es versucht haben – und dazu hatten wir in der letzten Wahlperiode auch Petitionen –, wurde es abgelehnt oder ihnen wurde mit Druck gesagt, sie sollen bitte diese Dienstreisekosten nicht in Anschlag bringen, wenn sie auf Klassenfahrt gehen. Vor diesem Hintergrund muss man sich einmal überlegen – und das verstehe ich als Lehrerin sehr genau –: Ich gehe mit den Schülern auf Klassenfahrt. Ich übernehme die Verantwortung für 24 Stunden Dienstzeit rund um die Uhr, ich bereite diese Klassenfahrten pädagogisch vor – das findet im Unterricht statt, denn das ist Ler-

(Ministerin Dr. Klaubert)

nen am anderen Ort –, und ich bereite sie auch nach. Mein Dienstherr sagte mir damals: Schön, dass du das gemacht hast, aber Geld gibt es dafür nicht. Den Durchbruch gab es erst, als ein Gerichtsurteil dazu gefällt worden ist, und zwar hat das Bundesarbeitsgericht 2012 entschieden, dass das nicht so sein kann. Dann ist die Frage: Wie geht man wieder damit um? Wie geht man mit Dienstreisekosten um? Jeder, ob das die Fraktionen sind, ob das ein Unternehmen ist oder eine öffentliche Einrichtung, muss Dienstreisekosten planen. Mein Vorgänger Christoph Matschie hat da auch schon einmal geplant und hat versucht, das Thema in den Griff zu bekommen. Das Ende war: Das Geld ist gar nicht abgeflossen. Demzufolge haben wir gesagt, wir setzen einen Betrag – aber ich habe das schon in den Haushaltsberatungen gesagt – von 800.000 Euro, also mehr als das, was verbraucht worden ist, für Dienstreisekosten für Kolleginnen und Kollegen in den Haushalt ein. Dann muss man sich wieder überlegen: Wie macht man denn das?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Planlos!)

Wenn wir das planlos gemacht hätten, wäre jeder Lehrer – wie übrigens auch in anderen Ländern – mit seinem Dienstreiseauftrag zum Schulumt gerannt, hätte den genehmigt bekommen oder nicht. Wir haben uns überlegt: Was sind Klassenfahrten? Wir haben nämlich auch die Rückspiegelung erhalten, dass viele dieser Fahrten letzten Endes den Zweck „Lernen am anderen Ort“ nicht bestimmt haben. Wir haben auch erfahren, dass es Fahrten gibt, in denen eine soziale Auslese erfolgte, weil wir nämlich die Dienstreisekosten regeln können. Das, was die Schüler für die Klassenfahrt bezahlen oder was begleitende Eltern für die Klassenfahrt bezahlen, das regeln wir nicht. Demzufolge haben wir gesagt: Wenn Klassenfahrt, dann muss das für jedes einzelne Kind oder für jeden Kursteilnehmer möglich sein. Es ist ein pädagogisches Konzept, welches dahintersteht, und das muss man in dem von Ihnen benannten „bürokratischen Monster“ auch regeln.

(Beifall DIE LINKE)

Demzufolge haben wir Klassenfahrten geregelt. Diese Aussage, dass Klassenfahrten ausfallen oder nicht ausfallen, weil irgendwelche Budgets gekürzt seien, ist falsch. Es ist einfach falsch.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Frau Klaubert, Sie genießen den Wirklichkeitsverlust!)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Sie wiederholen sich gern!)

Erstens reden wir über Dienstreisekosten; das ist Punkt 1. Zum Zweiten reden wir darüber, dass wir die Klassenfahrten als Teil des pädagogischen Prozesses in der Schule für alle Kinder betrachten wollen und auch müssen. Es finden zahlreiche Klassenfahrten statt.

Zur berühmten Blitzumfrage, was alles nicht stattfindet, habe ich mich auch kundig gemacht. Alle bis zum 30. April eingereichten Klassenfahrten sind bis zum 31. Mai genehmigt worden. Im zweiten Schritt wird man dann überlegen, inwiefern man Skilager und Chorlager unterstützt, welche Möglichkeiten man da hat. Aber wir reden von Klassenfahrten. Sie sagen ja auch immer: Die Klassenfahrten fallen aus und sind der Meinung, wir haben mit diesem Dienstreisetitel im Haushalt das System der Klassenfahrten kaputt gemacht. Falsch, sage ich Ihnen, völlig falsch. Wir sichern, dass Kolleginnen und Kollegen, wenn sie mit ihren Schülerinnen und Schülern auf Klassenfahrt gehen, diese Dienstreise abrechnen können und auch bezahlt bekommen, was sie an Aufwendungen für eine solche Dienstreise aus ihrer Tasche beisteuern.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist das, was wir gemacht haben. Ihre Politik der Vergangenheit konnten wir dort nur korrigieren.

Vierter Punkt: Wir bringen auch mehr Lehrkräfte in die Schulen. Man kann viel darüber diskutieren, wie viele es sein müssten. Man kann auch darüber diskutieren, wie man die Vertretungsreserve stabiler machen kann. Gern, das können wir gern machen. Ich hoffe, Sie an der Seite zu haben, wenn wir den Doppelhaushalt 2018/2019 aufstellen. Frau Taubert schaut mich ganz neugierig an, sie wird dann sagen: Welche Schwerpunkte setzen wir? Wenn wir das machen, können wir etwas anderes nicht machen. Das wird das politische Ausstreiten sein. Gern, ich kann nur sagen: Aus der fachpolitischen Sicht haben Sie mich da völlig an Ihrer Seite.

Jetzt wird natürlich in den Medien gesagt – völlig zu Recht: Thüringen hat die ältesten Lehrer. Richtig.

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Seit einem Jahr!)

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Das haben wir vor Jahren schon gesagt!)

Sie sind übrigens nicht seit vorigem Jahr zu diesem Jahr oder unter Rot-Rot-Grün unter besondere Altersstufen gekommen. Sie sind tatsächlich – wie Sie und ich – jedes Jahr ein Jahr älter geworden. Wenn man also jahrelang nicht einstellt und eine mittlere Lehrergeneration in den Lehrerzimmern völlig fehlt, dann kann ich nur feststellen: Dann haben wir es eben mit älteren Kolleginnen und Kollegen zu tun. Eines sage ich Ihnen auch: Die Diffamierung dieser Kolleginnen und Kollegen, nur weil sie älter sind, lasse ich auch nicht zu.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bringen einen Erfahrungsschatz in die Schule. Aber aufgrund Ihrer verfehlten Einstellungspolitik konnten sie das nicht der nächsten Generation übergeben. Jetzt haben wir unter Rot-Rot-Grün

(Ministerin Dr. Klaubert)

1.000 neue Kolleginnen und Kollegen in die Schulen gebracht – da fehlt eine gesamte mittlere Generation. Wer ein bisschen pädagogisch bewandert ist, weiß, dass die Altersmischung bei Lehrerinnen und Erziehern etwas ganz Wichtiges ist. Das hat etwas damit zu tun, dass junge Leute viel Esprit, viel Neues in die Schule bringen und die anderen mit Erfahrungen dagegensteuern.

Sie haben nicht eingestellt, eine mittlere Generation fehlt. Dass ein älterer Kollege, wenn er erkrankt, durchaus einmal längere Zeit ausfallen kann, ist normal. Und dass unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen jetzt in die Schule kommen und auch erst mal ein Baby bekommen und in die Elternzeit gehen, freut uns. Aber es bringt wieder die Situation, dass uns die konkrete Lehrerin oder der Lehrer – na gut, der wird nicht schwanger, das wäre dann für die Elternzeit ...

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das schaffen Sie auch!)

Also Herr Emde, wenn ich das schaffe, dass Männer schwanger werden, also dann kann ich auch übers Wasser gehen.

(Heiterkeit im Hause)

Verstehen Sie das Problem? Wir stellen 1.000 neue Leute ein, jedes Jahr 500. Wir haben die Vertretungsreserve mit 100 mühsam miteinander ausgehandelt, damit wir die Vertretungsreserve sichern können. Wir haben in diesem Bereich auch befristete Arbeitsverhältnisse erschlossen. Befristete Arbeitsverhältnisse sind nicht meine Lieblingsarbeitsverhältnisse, aber sie waren das, was wir im Moment ermöglichen konnten. Vor diesem Hintergrund haben wir die Situation in den Lehrerzimmern, so wie sie ist, mit hoch engagierten Kolleginnen und Kollegen, mit wahrscheinlich hoch motivierten Schülerinnen und Schülern am heutigen ersten Schultag und aufgeregten ABC-Schützinnen und -Schützen für das Wochenende. An vielen Stellen gibt es sehr gute Bedingungen und Erfahrungen. Demzufolge muss man immer wieder darüber nachdenken, wie ich selbst mit dem, was ich tue, dafür arbeite, dass das Bildungsklima ein gutes Bildungsklima ist.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Jetzt kommt die Selbstkritik!)

Jetzt kommt erst einmal der Verweis auf ein Gutachten, das die CDU unter ihrer Alleinregierung gemacht hat.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Waren es wieder die anderen!)

Ende der 90er-Jahre gab es das berühmte Gutachten „Entwicklung der Thüringer Regelschulen und Gymnasien“, Gutachten im Auftrag des Thüringer Kultusministers aus dem Jahr 1999. Dieses Gutachten hat offensichtlich das damalige Ministerium

in Auftrag gegeben, um hoffentlich – hoffentlich, kann ich nur sagen – vielleicht auch Handlungsoptionen abzuleiten. Was aber getan worden ist, ist nichts. In dem Gutachten – also die Jüngeren unter den Abgeordneten können sich das gern mal aus der Bibliothek holen, vor allem Herr Tischner, weil der das damals noch gar nicht so sehen konnte – steht, dass sich die Probleme aufgrund der demografischen Entwicklung verschärfen werden, die Schülerzahlen zurückgehen werden, es in den Lehrerzimmern Überalterung geben wird, es schrumpfende Schulen geben wird. Das steht dort alles schwarz auf weiß. Dann ist in dem Gutachten nachzulesen: Die Umbrüche, die uns jetzt bevorstehen – das heißt, am Beginn der 2000er –, stehen den 1990ern in nichts nach. Nun frage ich, was ist dann eigentlich gemacht worden? Was ist dann gemacht worden?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das sage ich Ihnen nachher!)

Da bin ich ja mal gespannt. Die Studie ist 17 Jahre alt. 15 Jahre lang hatten wir überhaupt nichts daran zu regeln und jetzt fangen wir an – ich hatte es eingangs gesagt –, die demografische Entwicklung zu berücksichtigen: Veränderungen in Lehrerkollegien, Klassenfahrten werden letzten Endes als Dienstreisen betrachtet, die Berufsschulnetzplanung haben wir gestrafft. Da sage ich: Das ist ein Schritt, den wir in die richtige Richtung gegangen sind. Der Weg ist allerdings trotzdem noch lang, denn wenn man jahrelang versäumt hat und nichts gemacht hat und dann genau – und ich nenne ihn noch mal – diesen Maschinenraum betritt und schaut, wie die Maschinen dastehen und wie sie verwahrlost dastehen,

(Unruhe CDU)

dann kann man nur anfangen und versuchen, das wieder ins Laufen zu bringen. Wenn Herr Emde in Richtung Christoph Matschie ruft – vermute ich jedenfalls –, ich würde den ...

(Unruhe CDU)

Vizepräsident Höhn:

Frau Ministerin, einen kleinen Augenblick. Ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit im Saal. Wir haben ausreichend Zeit zur Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich bitte, sich darauf zu beschränken.

Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

Ich würde durchaus auch einräumen, dass ich um Christoph Matschies Ringen mit dem Finanzministerium weiß, die Stellen zu bekommen. Erst im letzten Jahr ist da mehr gelungen, als man es sich überhaupt vorstellen konnte.

(Ministerin Dr. Klaubert)

Demzufolge kann ich zurückblickend auf das, was ich bisher benannt habe, nur sagen: Wir haben die Hortkommunalisierung geschafft, das Berufsschulnetz gestrafft, wir haben 1.000 Kolleginnen und Kollegen eingestellt, wir haben mit der Vertretungsreserve einen wichtigen Schritt getan – wir haben den Weg in die richtige Richtung eingeschlagen.

Eine Bemerkung gestatte ich mir auch einmal: Ich dachte ja, dass der CDU die freien Schulen auch besonders am Herzen liegen.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist lange her!)

Aber Sie haben ein Gesetz gemacht, da waren wir an dieser Entscheidung noch nicht beteiligt, welche dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichts nicht standhielt. Also auch hier mussten wir nachbessern und ein neues Gesetz machen und jetzt behaupten Sie tatsächlich, wir hätten dort die Mittel gekürzt. Also wer das sagt, der hat offensichtlich den Haushaltsplan noch nicht einmal aufgeschlagen, geschweige denn die Zahlen, die darin stehen, verstanden. In einem Ringen um die sogenannten Schülerkostenjahresbeiträge haben wir ein Budget festgelegt, welches im ersten Jahr für die freien Schulen zur Verfügung steht. Und mit dem Aufwuchs jedes einzelnen Schülers wird dieses Geld erstattet. In meinem Haushalt ist es die Position, die trotz der Planung mit zusätzlichen Kosten verbunden ist und wir geben gern jährlich zusätzlich zum Planansatz etwa 2 Millionen Euro in die freien Schulen, damit die Arbeit dort gut gesichert werden kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt: Schulgesetz. Ja, wir wollen das Schulgesetz novellieren. Schule ist immer ein Spiegel der Gesellschaft. Gesellschaft verändert sich und Schule muss auf solche Veränderungsprozesse eingehen. Und weil das Thema „Inklusion“ zum Teil so negativ diskutiert wird, verweise ich noch einmal auf einen Konsens, den gab es auch einmal hier im Haus: Über das Recht der gemeinsamen Beschulung von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung haben sich bereits 2008 die Vereinten Nationen verständigt. Und die Bildungsministerien in allen Bundesländern setzen diese Behindertenrechtskonvention um – unterschiedlich und auch in unterschiedlichem Tempo. 2013, in der letzten Legislaturperiode, wurde dem Thüringer Landtag der Entwicklungsplan „Inklusion“ vorgelegt. Alle Fraktionen haben zugestimmt! Alle Fraktionen haben diesem Entwicklungsplan „Inklusion“ zugestimmt. Und wir gehen mit der Überarbeitung des Schulgesetzes nun den nächsten Schritt. Übrigens, fast alle anderen Bundesländer haben inzwischen ein solches Schulgesetz. Wir sind dort nicht Vorreiter, obwohl

wir im Gedanklichen einmal eine Vorreiterrolle gespielt haben. Übrigens auch in dem, was wir an Fortbildungen angeboten haben. Aber dieser Prozess ist in dem Tempo nicht mehr vorangeschritten. Das nun zu überarbeitende Schulgesetz wird in einem breiten Abstimmungsprozess entwickelt. Auch das habe ich an vielen Stellen gesagt.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Die Abstimmungsveranstaltungen! Alibi überhaupt!)

Die erste Ebene war der Beirat „Inklusive Bildung“ mit der gemeinsamen Abstimmung eines Eckpunktepapiers mit Zielvorstellungen für Inklusion und dann dem Versprechen meinerseits, aus dem gesamten Prozess Tempo herauszunehmen. Inklusion ist ein Generationsprojekt. Das dauert. Viele sagen, Inklusion beginnt im Kopf. Und wenn im Kopf verstanden wird, was ich damit meine, dann kann ich auch die entsprechenden Schritte, in unserem Fall für das Schulgesetz, ableiten. Wir wollen in dem Schulgesetz diesen inklusiven Gedanken verankern. Aber wir wollen uns auch ausreichend Zeit nehmen und wir wollen die Erfahrung der unterschiedlichen Partnerinnen und Partner in diesen Prozess einfließen lassen.

Aber es muss uns klar sein, dass das Verabschieden, wie manche jetzt sagen, wir sollen uns von diesem Thema verabschieden, das Verabschieden des Gedankens der Inklusion ist, und das kann ich Ihnen sagen, das machen Sie mit mir nicht! Da müssen Sie sich schon woanders einen Partner suchen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir planen auch keine Eingriffe. Sie unterstellen uns immer, wir greifen da in irgendwelche Situationen ein. Ich weiß sehr wohl: Schule braucht Kontinuität, braucht Erfahrung, braucht Augenmaß. Demzufolge müssen solche Prozesse auf möglichst breiter Basis miteinander vereinbart sein. Und da wünsche ich mir schon, wir hatten das in früheren Jahren durchaus auch einmal in einer Enquetekommission, dass man sich auf die unterschiedlichen Sichtweisen verständigt, dass man auch einmal selbstkritisch zurückblickt: Was hat man selbst verbockt? Was hat man heute in das System einzubringen und wo sind die Schnittmengen, wo man gemeinsam etwas verändern kann? Das wünsche ich mir. Leider ist Ihr Antrag dazu nicht geeignet.

Eine weitere Bemerkung: Beförderungsstau: Wahrscheinlich gab es bei der Entstehung des Antrags eine Art „To-do-Liste“: Was haben wir alles nicht gemacht und was binden wir jetzt der neuen Regierung ans Bein? Beförderungsstau. Der aktuelle Beförderungsstau an den Schulen – wo ist denn der entstanden?

(Unruhe im Hause)

(Ministerin Dr. Klaubert)

Fangen wir mal bei den Schulleiterbesetzungen an: Im Juni 2014 gab es noch 70 unbesetzte Schulleiterstellen, jetzt haben wir 46. Das heißt, Stück für Stück haben wir das abgetragen. Übrigens gibt es dort trotzdem immer einen Wandel, das hat auch etwas mit der Altersstruktur von Schulleiterinnen und Schulleitern zu tun, dass man natürlich immer wieder, wenn Schulleiter ausscheiden, in Besetzungsverfahren geht. Wir hatten jahrelang die sogenannten Versorgungsfälle, das waren diejenigen, die aus anderen Schulen kamen. Jetzt kommen wir in die Situation, dass wir auch andere einsetzen können, die vorher nicht Schulleiter waren. Ich habe im Hohen Haus des Öfteren berichtet, wie wir das auch qualitativ regeln. Aber ein Schulleiterversprechen kann ich nicht abgeben. Sie hätten das ja früher machen können, dann hätte ich auf die Erfahrung zurückgreifen können: Innerhalb von drei Monaten wird der Schulleiter besetzt. Warum haben Sie es denn nicht gemacht? Ich kann sagen, so schnell wie möglich, aber ich kann nicht sagen, innerhalb von drei Monaten, weil wir verschiedene Bedingungen, die schwierigsten sind zum Teil die Konkurrentenklagen, dabei berücksichtigen müssen.

Über Jahrzehnte hat es kein Beförderungskonzept gegeben. Der erste Schritt war dann: Wir hören mit der Verbeamtung auf. Als man verbeamtet hat, hat man die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr befördert. Dann ging man wieder von der Verbeamtung weg. Das ist alles vor längerer Zeit passiert. Das Gesetz haben Sie damals verändert, das kann ich Ihnen auch sagen. Es ist also letzten Endes kein konzeptioneller Vorschlag da gewesen, also mussten wir uns etwas ausdenken, wie wir damit umgehen.

Übrigens: Die Folge solcher fehlenden Konzepte ist die ungeheuer große Klagefreude unserer Kolleginnen und Kollegen. Ohne Vorwurf! Die haben dann gesagt: Ich muss doch eine Möglichkeit bekommen, es muss doch möglich sein für mich, eine Beförderung zu erreichen. Mit jeder Gerichtsentscheidung wurde das schwieriger.

Wir haben es auf den Weg gebracht und die entsprechende Regelung, die entsprechende Laufbahnverordnung ist im Moment in der Ressortabstimmung. Da gab es zahlreiche Gespräche, dass wir künftig wenigstens – obwohl das ein großer Schritt wäre – diejenigen, die in der A 13 sind – das ist jetzt ein bisschen Fachchinesisch, ich sage es trotzdem mal – und die nächste Stufe durchlaufen müssten, um Schulleiter zu werden, in die Bewerbungsverfahren aufnehmen können – das nennt sich Sprungbeförderung –, damit die dann auf der 15 und 16 als Schulleiterinnen oder stellvertretende Schulleiter eingesetzt und eingruppiert werden können. Ich hoffe, dass wir das hinbekommen. Dazu gab es eine ganze Reihe von Gesprächen. Das ist Teil dieses Konzepts, wo wir sagen: Auch das Be-

soldungsgesetz müssen wir in diesem Zusammenhang verändern.

Das heißt, man hat nichts vorliegen, es ist jahrelang nicht befördert worden, es gab keine Möglichkeit der Beförderung. Wir fassen das an, aber das soll dann falsch sein. Da kann ich nur sagen: Auch das ist falsch. Wir werden diesen Schritt gehen. Ich hoffe, wir bringen den zu einem guten Ende. Dann bekommen wir die Kolleginnen und Kollegen mit der berühmten A 13 in die Schulen, die haben ihre Qualifikationsphase 1 und 2 durchlaufen. Die wollen Schulleiterinnen und Schulleiter werden und sind in einem mittleren Alter. Die bekommen dann die Chance. Ich halte das für einen sehr guten Weg.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema „Begabtenförderung“: Sie unterstellen uns, wir würden die Begabtenförderung zugrunde richten. Dies ist eine Unterstellung. Dass die Kommunalisierung der Spezialgymnasien nicht auf der Tagesordnung steht, sage ich jetzt zum hundertsten Mal. Wenn Sie es wollen, sage ich es auch noch zum hundertersten Mal. Die Spezialgymnasien sind Landesaufgaben, erfüllen überregionale Aufgabenstellungen und das ist bereits mehrfach öffentlich benannt und auch kommentiert worden und nun steht es wieder in dem Antrag. Es gibt auch keine Gebührenerhöhung als Schulgelderhöhung an den Spezialgymnasien. Was wir machen mussten, auch weil es vorher nicht gemacht worden ist, und was mehrfach kritisiert worden ist bis hin zum Rechnungshof, ist, dass wir die Verwaltungsaufwendungen für Unterkunft und Verpflegung in den Internaten an unseren Spezialgymnasien mit sozialer Staffelung anpassen mussten.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Über 30 Prozent!)

Im Endergebnis dessen, was wir dazu entschieden haben, bewegen wir uns immer noch im unteren Bereich der vergleichbaren Länder. Da kann ich Ihnen gerne einen Blick in die statistischen Jahrbücher empfehlen. Das heißt, wir haben gut aufgestellte Sportgymnasien, das Musikgymnasium und das Sprachgymnasium. Wir haben ein System an Begabtenförderung in Thüringen, wir haben Spezialgymnasien für einzelne Fachbereiche, wir haben bilinguale Züge, wir haben Module an den Gymnasien, Korrespondenzzirkel und Camps für Kinder mit besonderer Begabung und vieles mehr. Bei uns beginnt die Begabtenförderung bei den „Häusern der kleinen Forscher“ in den Kindergärten, die jedes Jahr bessere Ergebnisse auf den Weg bringen oder in den Schülerforschungszentren, wo wir in Zusammenarbeit mit dem Haus von Minister Tiefensee als einziges Land ein Netz von Schülerforschungszentren aufgebaut haben. Aus der positiven Erfahrung in Erfurt gab es in Zusam-

(Ministerin Dr. Klaubert)

menarbeit mit der Stiftung in unseren beiden Häusern die Idee, ein Netz aufzubauen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber nicht ihr!)

Dieses Netz hat jetzt in Jena eine Stelle, in Gera eine Stelle und in Nordhausen und in Ilmenau helfen uns die Hochschulen dabei, dieses dichte Netz in einem kleinen Land aufzubauen. Im vergangenen Jahr sagte der Bundesverband, man hat das als außerordentlich positive Entwicklung in Thüringen betrachtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, junge Leute sollen die besten Möglichkeiten haben, in ihrem Heimatland – egal, wo sie herkommen –, dort, wo sie wohnen und aufwachsen, die besten Bedingungen für ihre Bildung zu haben. Das betrachten wir als linke Bildungspolitik. Das gilt für die gezielte Förderung, das gilt für die Förderung derjenigen, die ein Handicap haben, das gilt aber auch für diejenigen, die mit besonderer Begabung und mit besonderer Befähigung ihre Laufbahn beschreiten wollen. Das ist gut für unser Land und es wird von außen übrigens auch so wahrgenommen.

Ich weiß natürlich, wenn wir das halten wollen, müssen wir uns alle ganz sehr anstrengen und viel Kraft in dieses System geben, Kraft, Zeit und Geld. Und wenn wir in diesem Jahr noch pro Bewerberstelle, also pro Stelle, die wir im Lehrerbereich ausgeschrieben haben, über sechs Bewerberinnen und Bewerber hatten, also Menschen, die sich darauf beworben haben, dann blicke ich in mein Nachbarland Sachsen, wo es zahlreiche Quereinsteiger geben musste, um diese Stellen zu besetzen. Mir ist sehr gut bekannt, es fehlen uns für verschiedene Fachkombinationen die Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben mehr Lehrer, die ein gymnasiales Lehramt anstreben, brauchen sie aber in den Regelschulen. Wir brauchen im Bereich der Förderung der Pädagogik viel mehr Kräfte, die wir in unseren Schulen einsetzen können. Wir brauchen insbesondere in den sogenannten großen, also in den Mehrstundenfächern Kolleginnen und Kollegen. Das ist das, wo ich wirklich jedem recht gebe. Wir müssen uns natürlich dazu verständigen. Wie gehen wir mit dem Thema um und holen die Kolleginnen und Kollegen in die Schulen? Aber wir haben auf der anderen Seite auch zwei Einstellungstermine, weil vorhin der Mai benannt worden ist. Wir stellen im Februar schon einmal ein. Trotzdem, sage ich, bin ich bereit, über alles nachzudenken und übrigens auch über die Frage von Quereinsteigern und habe angekündigt, dass ich mich an meine ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen, die mir alle die gleiche Situation berichten, egal, wie ihre Parteibücher aussehen, wenden werde, dass wir in einen Erfahrungsaustausch treten, dass es uns nichts bringt, uns gegenseitig die Butter vom Brot zu nehmen, sondern zu sagen, Lehrerberuf, das ist etwas Schö-

nes. Wie es übrigens heute in der TA steht – Frau Keller hat mir die Zeitung mitgebracht – von den zwei jungen Leuten, die ins Gymnasium und in die Grundschule kommen, weil wir dort über 60 Kolleginnen und Kollegen einstellen konnten und die sich freuen und sagen, das ist der schönste Beruf, den man überhaupt ergreifen kann. Dort müssen wir gemeinsame Anstrengungen vornehmen. Ich habe keine Lust, Ihnen jahrelang nachzuweisen, was Sie in den vergangenen Jahren versäumt haben. Was ich auch zurückweise, ist, dass Sie mir und uns immer wieder sagen, wir hätten die Probleme verursacht, die in der Vergangenheit als Problemlagen angelegt worden sind. Respektvoller Umgang – und das erwarte ich auch von einer Opposition – heißt, wir legen unsere Vorschläge auf den Tisch. Wir gehen davon aus, wir wollen das gute Bildungsland Thüringen bleiben. Wir haben gute Ergebnisse und wenn wir sie halten wollen, dann ist das unsere gemeinsame Anstrengung, weil zum Funktionieren einer demokratischen, einer gut gestalteten Gesellschaft Bildung das Wichtigste ist.

(Beifall DIE LINKE)

Weil wir frühzeitig anfangen, sage ich jetzt einmal ausdrücklich, auch weil es da so sehr viele Diskussionen darum gibt, wir bringen das beitragsfreie Kindergartenjahr mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 auf den Weg.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gesagt, das Landeserziehungsgeld wird dafür eingesetzt. Dieses Landeserziehungsgeld wird für die Finanzierung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahrs eingesetzt. Wir sind im Gespräch und werden das auch noch bis zum Jahresende sehr transparent und öffentlich machen.

(Unruhe CDU)

Wir haben auch im Koalitionsvertrag verankert, dass wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern zusammensetzen. Die müssen nämlich am Ende auch diese „Last“ davon tragen. Dass wir mit ihnen beraten, welches dieses Jahr sein soll. Aber es wird der Einstieg in Gebührenfreiheit im vorschulischen Bereich sein. Es wird ein gebührenfreies Kindergartenjahr geben und die Voraussetzungen werden wir gesetzgeberisch in unserem Haus und haushalterisch mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 verankern. Wir sollten also wirklich über gute Bildung reden.

Auch die kleine Anmerkung gestatte ich mir noch: Wenn es darum geht, dass wir in bestimmten Bereichen die Frage von Verbeamtung auf der Tagesordnung haben – auch das hatte ich diese Woche in der Pressekonferenz und des Öfteren vorher schon gesagt – wir sind im Moment am Überlegen, wie wir dieses Modell, welches die Finanzministerin vorgelegt hat, umsetzen. Wenn man über Verbe-

(Ministerin Dr. Klaubert)

amung spricht, kann man nicht nur die Worthülse in die Gegend prasseln. Dann muss man schauen, welche Konsequenz das hat, weil das dann nämlich für alle gilt. Verbeamtung macht man nicht nach Nase und es gibt auch immer wieder circa 50 Prozent, die sagen, wir brauchen das gar nicht. Wir werden uns zu allen Bedingungen verständigen, die in diesem Zusammenhang zu schaffen sind, auch dieses bis zum Jahresende 2016 zu Ende bringen, um dann für den Doppelhaushalt die entsprechenden Weichen zu stellen.

Schule braucht engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher. Ich gehe davon aus, und Sie können mir wahrlich nicht unterstellen, dass ich nicht viel unterwegs bin. Das wissen zum Teil auch die Kolleginnen der CDU-Fraktion. Wir haben uns des Öfteren getroffen und es gab auch Einladungen von ihnen, dass ich da sehr gut zuhören möchte und dass ich hochengagierte Kollegen vorfinde.

Zum Schuljahresbeginn 2016/2017 möchte ich meine Ausführungen damit abschließen, dass ich diesen Kolleginnen und Kollegen aus meinem ganzen Haus heraus und, ich glaube, auch im Namen der Landesregierung ganz herzlichen Dank sagen will. Sie sind die Engagierten, die unsere Jugend auf ihren weiteren Lebensweg vorbereiten und sie haben uns an ihrer Seite. Vielen Dank dafür!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es erfolgt jetzt der pflichtgemäße Hinweis, dass die Beratung zu Berichten der Landesregierung grundsätzlich in langer, das heißt, in doppelter Redezeit erfolgt. Voraussetzung dafür ist der Wunsch nach der Beratung zum Sofortbericht in Nummer I des Antrags. Ich sehe Meldungen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, von Bündnis 90/Die Grünen und der AfD.

Auf Verlangen aller Fraktionen eröffne ich nun die Beratung zum Sofortbericht zu Nummer I des Antrags und gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer II des Antrags. Als Erstem erteile ich Abgeordneten Mohring, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben sie vernommen, die Erklärung der Ministerin für Kultusangelegenheiten zu Beginn dieses Schuljahrs. Man merkt, die Luft ist dünn, die dünnen Worte der Rechtfertigung sprechen für sich selbst.

(Beifall CDU)

Man mag überrascht sein – und mein Kollege Christian Tischner wird das ausführen –, dass die Ministerin einzig und allein die Begründung von fast zwei Jahren Arbeit an der Spitze des Hauses lediglich damit umschreibt zu sagen, was ihre Vorgänger ihr vermeintlich hinterlassen haben und sie aufräumen müsste.

(Beifall CDU)

Ich finde, Frau Ministerin, das ist zu wenig. Und ich will das gern an zwei, drei Beispielen erläutern, bevor ich im Rahmen dieser Aussprache zur Bildungspolitik des Landes noch zu einem anderen Thema sprechen möchte. Sie sprachen davon, ganz zum Schluss, dass Sie das Versprechen des Koalitionsvertrags – dort haben Sie sich im Übrigen auf ein Kindergartenjahr festgelegt – dann endlich zum Ende der Wahlperiode umsetzen wollen, dass Kindergärten beitragsfrei sein sollen. Es bleibt offen, welches Jahr. Fachlich haben Sie sich festgelegt. Jetzt führen Sie die Diskussion neu. Ich will gern die Aussage von jetzt eben noch einmal mit der Diskussion von heute Morgen verknüpfen, weil beides Ihre Themen sind. Ich will noch einmal an eins erinnern: Sie haben in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gesagt, wenn es Kritik um die Ausschreibung der Dokumentationsstelle gegeben hat: Warum? Sie verstehen die Kritik gar nicht, schließlich stand die Dokumentationsstelle doch im Koalitionsvertrag und daraufhin konnte sich doch jeder bewerben. Jetzt muss man mal ein Stück innehalten und muss überlegen: Wenn man diesen Worten tatsächlich Glauben schenken sollte und es reicht, dass man im Koalitionsvertrag ein Versprechen liest und deshalb einen Anspruch darauf hat, dann kann ich nur alle Eltern in Thüringen auffordern – weil im Koalitionsvertrag auch steht, Kindergarten ist gebührenfrei –, dann zahlt ab morgen keine Gebühren mehr, denn Rot-Rot-Grün hat es im Koalitionsvertrag versprochen.

(Beifall CDU, AfD)

Dass das natürlich nicht geht, ist klar. Es umschreibt nur die Schizophrenie dieser Aussage, die dahintersteht, und dass Sie selbst noch daran glauben, macht es noch viel schwieriger. Das zeigt das eigentlich. Das andere ist das noch viel Entscheidendere und ich hätte auch nicht gedacht, dass ich mich im Plenum dieses Landtags hier hinstelle und ausdrücklich den Kultusminister Christoph Matschie so verteidigen möchte. Aber in der Form, wenn Sie sagen,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt wird es albern!)

dass der Kultusminister Matschie einen verwahrlosten Maschinenraum hinterlassen hat, den Sie in den letzten zwei Jahren erst aufräumen mussten, dann will ich ganz klar sagen: Das geht auch gegen

(Abg. Mohring)

unsere Koalition von CDU und SPD, dagegen verwahren wir uns ausdrücklich.

(Beifall CDU)

Schauen Sie, was Sie jeden Tag an Thüringer Schulen hinterlassen, bevor Sie sich anmaßen, auch nur ein Wort zu Ihren Vorgängern zu verlieren.

Wir haben in diesen letzten Wochen und Monaten ausführlich in diesem Land darüber diskutiert – nicht nur die Politiker, auch die Elternschaft, die Lehrer, die Schülervertreter –, allesamt haben darüber diskutiert und darüber gesprochen und gefragt, meine sehr verehrten Damen und Herren, was passiert in dieser Schule.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter ...

Abgeordneter Mohring, CDU:

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfragen beantworten, ich habe doch gerade erst angefangen zu sprechen. Da kann man doch gar keine Fragen haben.

Vizepräsident Höhn:

Ich habe Sie noch gar nicht gefragt, aber trotzdem, ich nehme Ihren Wunsch zur Kenntnis.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ich weiß. Aber da wir linke und rechte Herzkammer sind, weiß ich, was du mich fragen wolltest.

(Heiterkeit im Hause)

Vizepräsident Höhn:

Ich kann leider jetzt nicht so antworten, wie ich gern möchte.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Auch das weiß ich. Ich bin froh, dass du da oben sitzt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Aber das Blut bleibt rot!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir in den letzten Wochen und Monaten so intensiv über bildungspolitische Fragen sprechen mussten, hat auch ausgelöst, dass wir dieses Sonderplenum am ersten Schultag beantragt haben. Aber entscheidend ist doch – und das ist der Punkt, über den man sprechen muss –: All das, was gewesen ist, Horte – Sie haben es ja selbst angesprochen –, die Frage der zukünftigen Schullandschaft, das Ausbluten des ländlichen Raums, die Gebührenerhöhung bei den Spezialschulen, die

Unsicherheit an den Spezialgymnasien – was passiert da in der Zukunft –, die Frage um Beförderungen, um Lehrereinstellungen, um Unterrichtsausfall, um die Stimmung an den Schulen und die Stimmung in der Landeschülervertretung und all das, was da läuft: Beratungsresistenz, Gesprächsunbereitschaft – manche Leute warten seit zwei Jahren auf einen Termin bei Ihnen ...

All das fasst sich zusammen und steigert sich jetzt noch mit den Nachrichten, die wir seit gestern Nachmittag hören und lesen konnten und die sich heute auch um die Berichterstattung, die „FOCUS Online“ begonnen hat, verstärkt haben, nämlich über die Frage, welche Kompetenz und welche Richtlinienchancen Sie eigentlich noch in Ihrem eigenen Haus haben, das zu bestimmen, was läuft, und wie stark Sie eigentlich noch an der Spitze des Hauses sind, das durchzusetzen, was Sie eigentlich für fachlich richtig halten.

Deswegen ergeben sich aus der Geschichte, die gestern Abend aufgetaucht ist, eine Menge Fragen an Sie, aber auch an Kollegen aus dem Kabinett, über die wir sprechen müssen. Deswegen gibt es Fragen an das Bildungsministerium, aber eben auch Fragen an das Justizministerium, aber eben auch Fragen an die Staatskanzlei.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Fragen denn, Mike Mohring? Formulieren Sie die einmal!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich will das vorwegschieben: Es ist nicht weiter begründungsbedürftig und hat auch unser vollstes Verständnis, dass Vater und Mutter sich für das Wohl ihrer Kinder auch im Rahmen der Schullaufbahn einsetzen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist wohl auch ganz normal! So sollte es sein!)

Das ist das Wichtigste, was es gibt, und dieses Verständnis wohnt unserem Handeln inne. Aber das Entscheidende ist, dass es bei den Fragen, um die es geht, nicht um den Vater geht, sondern um den Justizminister. Und deswegen muss man das genau trennen und genau darüber auch sprechen und fragen, um was es hier geht,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und der darf sich nicht für das Recht seines Kind einsetzen? Es geht um das Kind!)

wenn der Justizminister über seine Rolle hinaus zuständig wird.

(Beifall CDU)

Deswegen müssen wir fragen, wenn Rechtsvorschriften unterlaufen werden, obwohl das zuständige Bildungsministerium die für zwingend umset-

(Abg. Mohring)

zungspflichtig hält, und dann aber klar ist – und darauf will ich zu sprechen kommen –, dass wir in Thüringen in besonderer Weise wissen, warum wir im Schulgesetz in § 7 Abs. 6 die Versetzung nach Klasse 11 so geregelt haben, dass in Thüringen zwingend eine besondere Leistungsfeststellung notwendig ist. Ich muss die Vorgeschichte nicht ausführen, aber wir haben doch hier intensiv fachlich diskutiert und uns im Ergebnis einer wichtigen emotionalen und auch innenpolitisch und sicherheitspolitisch bedeutenden Fragestellung mit großen Mehrheiten darauf verständigt, diese besondere Leistungsfeststellung zwingend einzuführen, weil sie für die Schullaufbahn der Kinder wichtig ist, weil sie Sicherheit gibt, weil sie Garantie gibt, egal wie später die Schullaufbahn am Gymnasium ausgeht, damit der Abschluss eben auch Bildungschancen nach der Schullaufbahn ermöglicht. Das ist Thüringer Bildungspolitik.

(Beifall CDU)

Und das Gesetz, das wir in großer Mehrheit verabschiedet haben, sieht an zwei Stellen von dieser zwingenden Vorschrift Ausnahmen vor. Eine Ausnahme befindet sich im Gesetz selbst, nämlich die, dass, wenn ein Schüler schon einen Regelschulabschluss hat, auf die besondere Leistungsfeststellung verzichtet werden kann – logisch, er hat den Abschluss, der notwendig ist und der mit dem Regelschulabschluss auch dokumentiert ist. Die zweite Ausnahme findet sich in der zugehörigen Durchführungsbestimmung zur Thüringer Oberstufe am Gymnasium, an der Gemeinschaftsschule, Gesamtschule, am beruflichen Gymnasium und Kolleg. Entscheidend ist – das ist genau die bildungspolitische Frage, um die es hier geht –, dass man fragen muss,

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Sehr grenzwertig!)

wenn an diesem Morgen heute bei dieser wichtigen Frage, wie das Kultusministerium mit der Auslegung der eigenen Rechtsvorschriften umgeht, der zuständige Justizminister der Öffentlichkeit, der Presse einen Brief übergibt, wo er genau aus diesen Vorschriften des Schulgesetzes, der Schulordnung und der Durchführungsbestimmung zitiert, das sehr ausführlich tut und an einer entscheidenden Stelle mit eckiger Klammer und drei Punkten die entscheidende Vorschrift, nämlich die in der Durchführungsbestimmung, die regelt, wie man mit der Ausnahme umgeht, weglässt. Und ich muss sagen: Wer als Justizminister bewusst das Zitieren einer entscheidenden Vorschrift weglässt und damit die Öffentlichkeit hinter die Fichte führt, um einen anderen Eindruck zu erwecken,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine unglaubliche Behauptung!)

dann muss man wirklich fragen, ob das noch angemessen und würdig für das Amt ist, das dieser Minister für diese Regierung zu vertreten hat.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, was steht in dieser schulpolitischen Durchführungsbestimmung, in dieser Vorschrift, die seit vielen Jahren gilt? Was hat der Minister weggelassen? Ich will das zitieren. Er hat unter anderem einen entscheidenden Satz weggelassen – ich will nur einen von vielen weggelassenen Sätzen zitieren: „Bei einem ganzjährigen Auslandsaufenthalt von Schülern eines Gymnasiums in der Klassenstufe 10 und der Entscheidung der Klassenkonferenz, dass dem Schüler das Vorrücken in die Klassenstufe 11 genehmigt werden kann, wird dem Schüler nicht eine dem Realschulabschluss gleichwertige Schulbildung bescheinigt.“ Das ist das Entscheidende: In der Konkretisierung zum Schulgesetz, in der Konkretisierung zur Schulordnung, in der Konkretisierung zu den einleitenden Worten in der Durchführungsbestimmung findet sich im konkreten Fall beim Auslandsaufenthalt in Klasse 10 als zwingende Voraussetzung der ohne weitere Ausnahmeregelung festgeschriebene Normensatz des ganzjährigen Auslandsaufenthalts.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und was ist mit den zwei, drei Sätzen davor?)

Herr Minister, Sie zitieren unvollständig. Wer unvollständig zitiert, hat was zu verbergen und deswegen muss darüber gesprochen werden.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen muss man auch ganz klar sagen, entscheidend ist doch Folgendes: Wir alle, die wir hier gewählt sind und die Verantwortung übertragen bekommen, wir tragen Verantwortung für die öffentlichen Ämter und Mandate, die wir bekleiden. So schön wie es ist und so oft, wie man einen Buchtitel dazu auch zitieren kann, eines geht nicht: Wer bin ich und wenn ja, wie viele? Wer ein öffentliches Amt bekleidet, haftet auch für die Aufgabe in dem öffentlichen Amt und muss sich auch zurechnen lassen, was er in dem öffentlichen Amt tut. Entscheidend ist es noch viel mehr, wenn das Kultusministerium anschließend, weil der Kollege sich sozusagen reinhängt, Entscheidungen, die die Fachleute im Haus anders getroffen haben, neu bewertet, nur weil ein Kollege aus dem Kabinett heraus eine andere Rechtsauffassung vertritt.

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege Mohring, es gibt den weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage von der Frau Abgeordneten Rothe-Beinlich.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ich würde mich nur wiederholen, Herr Präsident, dass ich erst mal selbst vortragen möchte.

Deshalb, meine Damen und Herren, frage ich mich und wir fragen Sie: Welcher Papa Schulze, welcher Papa Müller, welcher Papa Meier wäre auf die Idee gekommen und hätte die Möglichkeit gehabt, auf dem kleinen Dienstweg die Dinge zu regeln, die ihm privat wichtig sind, die ihm nur möglich waren, weil er jetzt im Amt ist und dadurch die besonderen Möglichkeiten hat?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jedes Elternteil hätte sich ans Ministerium gewandt! Jedes!)

Diese Fragen müssen Sie sich gefallen lassen. Diese Fragen muss man auch in diesem Haus stellen.

(Beifall CDU, AfD)

Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir die Kultusministerin fragen, die Hüterin dessen, was ihr Fachressort bewertet und aufschreibt: Warum kann die Hüterin der Facharbeit in ihrem Haus nach gründlicher Prüfung plötzlich etwas anderes für Recht befinden, als sie vorher selbst gemeint hat? Man muss diese Fragen stellen, weil eine entscheidende Argumentation aus dem Kultusressort seit gestern und heute Morgen angekommen ist, nämlich die – dazu hat Ihr Pressesprecher ausgeführt –, dass eine Güterabwägung stattgefunden hat und man deshalb fragen muss: Wieso ist die Güterabwägung vor dem Anruf des Justizministers anders ausgefallen als nach dem Anruf des Justizministers? Wie war die Staatskanzlei in diese Güterabwägung einbezogen? Welches Rechtsgut ist bei der Güterabwägung hinten heruntergerutscht? Ich will mal ganz klar fragen, die entscheidende Frage, die Sie sich stellen lassen müssen, ist die: Ist bei der Güterabwägung die Anwendung des geltenden Rechts in Thüringen hinten runtergefallen und ist das Persönliche in den Vordergrund getreten? Dieser Frage muss nachgegangen und diese Frage muss beantwortet werden.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muss man fragen, ob demnächst alle Prüflinge der BLF auf eine Güterabwägung im Ministerium bestehen können. Trifft das künftig auf alle zu oder war es nur die Ausnahme für wenige? Und die entscheidende Frage, die man stellen muss, ist: Gab es nicht auch die Möglichkeit, diese notwendige Prüfung, die zwingend im Gesetz vorgeschrieben ist, zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen, bevor die Versetzung in die nächste Klasse erfolgt ist? Deswegen muss man fragen – der „FOCUS“ hat angekündigt, es soll Weiteres geben –, wir fragen den Minister und die Ministerin:

Was kommt da noch auf uns zu? Deswegen will ich für uns als CDU-Fraktion ganz klar sagen: Wir verlangen volle Transparenz und Aufklärung dieses schulpolitischen Vorgangs. Das sind Sie der Öffentlichkeit schuldig.

(Beifall CDU)

Es darf nicht der Eindruck stehen bleiben, dass alle gleich, aber einige gleicher sind und dass für einige maßgeschneiderte Lösungen neben der Rechtslage gebastelt werden. Die Minister tragen Verantwortung für dieses Land. Der Justizminister trägt insbesondere Verantwortung für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung in diesem Land. Sie aber von Rot-Rot-Grün definieren offenbar Gleichbehandlung neu, seitdem Sie in diesem Land Verantwortung tragen!

(Beifall CDU)

Vor genau drei Jahren, am 8. August 2013, hat der damalige Parteivorsitzende und jetzige Justizminister an Christine Lieberknecht einen offenen Brief geschrieben, weil er sich um die Integrität ihres damaligen Amtes gesorgt hat.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie ihm nie verziehen!)

Es ging um bekannte Sachverhalte. Ich will aus dem offenen Brief des Herrn Lauinger vom 8. August 2013 zitieren.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was hat denn das mit dem Thema zu tun?)

Sie schreiben: „Es sind gleichwohl entscheidende Fragen für die politische Kultur Thüringens und die Integrität Ihres Amtes.“

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abgeordneter Mohring, wir wissen das!)

Und weiter: „Wir fordern Sie daher auf, stehen Sie zu Ihrem Wort, erklären Sie sich und machen Sie die Aktenvermerke öffentlich, die angeblich bislang [nur] [...] dem SPIEGEL vorliegen [...].“ Und weiter: „Wir hoffen darauf, dass Sie die noch ausstehenden Fragen zeitnah und nachvollziehbar öffentlich erklären. Nur dann kann die Politik verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.“ Ich will sagen: So ist das, messen Sie sich an Ihren eigenen moralisch aufgestellten Maßstäben und halten Sie das ein, was Sie damals eingefordert haben, heute, wo Sie Verantwortung tragen.

(Beifall CDU)

Nur angenommen, das stimmt alles, was man lesen und hören kann, dann muss man fragen: Was tun Sie eigentlich den Schülern und auch dem einen in Rede stehenden Schüler in besonderer Weise an

(Abg. Mohring)

und vor allen Dingen den Schülern, die alle die BLF schreiben mussten. Ich will darauf hinweisen: Im Jahr 2015 mussten rund 180 Schüler das 10. Schuljahr wiederholen, weil sie die BLF nicht bestanden haben. Was erklären Sie eigentlich diesen Schülern, die die 10. Klasse wiederholen mussten und die Prüfung zwingend machen mussten, weil sie gesetzlich vorgeschrieben ist, dazu, dass Sie sich eine Ausnahme definiert haben? Diese Erklärung sind Sie der Öffentlichkeit schuldig.

(Beifall CDU)

Was tun Sie eigentlich der Schule und dem Schulamt an, wenn Sie darauf beharren, was Sie als Ihr eigenes persönliches Recht ansehen? Sie scheren sich nicht um die gegenteilige Auffassung der Fachleute. Sie vereiteln die Möglichkeit, einen Fehler im Einklang mit Recht und Gesetz zu korrigieren. Ganz entscheidend: Was tun Sie eigentlich Ihrem Amt an?

Ich habe das zu Beginn gesagt. Wir haben Verständnis für den Vater. Aber er ist eben auch Minister und er ist sogar Justizminister. Wir erwarten von einem Justizminister, dass er zuallererst das Recht dieses Landes wie seinen Augapfel hütet. Aber stattdessen, um eines kleinen Vorteils willen, führt er sich auf wie ein Winkeladvokat. Wir wollen aber keinen Winkeladvokaten als Justizminister, sondern einen, der sich für das Recht in diesem Land ohne Ansehung der Person und ohne Auslegung einsetzt.

(Beifall CDU, AfD)

Meine Damen und Herren, wir wollen das alles nicht abschließend glauben. Deswegen sind wir bereit, das gesetzte Fragezeichen hinter den veröffentlichten Meldungen auch mitzusetzen. Aber wir verlangen volle Transparenz. Abgesehen davon, dass der inzwischen in Stellungnahmen aus der Landesregierung bestätigte Teil des Vorgangs schon abenteuerlich genug ist, stellt sich auch die Frage, welche Ressourcen aus dem Haus, personeller und sachlicher Art, der zuständige Minister für die Klärung seiner privaten Angelegenheit genutzt hat. Wenn es keine volle Transparenz gibt, weil Sie bei der Aufklärung der Fragen nicht mithelfen werden, dann will ich ankündigen, werden wir die parlamentarischen Instrumente, die uns als Opposition zur Verfügung stehen, vollständig ausschöpfen.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das wollt ihr doch gar nicht!)

Wenn sich feststellen lassen sollte, dass das alles stimmt, dann bleibt Ihnen eigentlich nur noch eine Möglichkeit: Schützen Sie Ihr Amt, indem Sie es abgeben.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das war doch der ganze Sinn deiner Rede!)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Wolf, Fraktion Die Linke, das Wort.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Eberl von der Evangelischen Schulstiftung, es freut mich, dass auch die freien Schulen bei diesem Thema vertreten sind. Kollege Liebermann vom Beamtenbund, Sie sind auch noch nicht begrüßt worden.

(Unruhe CDU)

Es freut mich ganz besonders, dass Vertreterinnen und Vertreter des Hauptpersonalrats, insbesondere die Vorsitzende, Frau Bärbel Brockmann – Sie werden sie gar nicht kennen, seien Sie doch mal ruhig! –, bei dieser wichtigen Debatte, die wir heute aber nicht zum ersten Mal führen, hier ist.

Ich will auf meinen Vorredner, Herrn Abgeordneten Mohring, eingehen und fragen. Es war zu erwarten, Sie reden nicht zum Thema, schon gleich gar nicht zu Ihrem Antrag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich aber dann doch verwundert hat: Ist es nicht so, Herr Mohring, dass auch ein Vater – wie Sie gesagt haben –, der Schulze oder Meier oder zufälligerweise Lauinger heißt, dass dieser Vater nicht auch die Möglichkeit haben muss, einen Rechtsakt, einen Verwaltungsakt, vom Schulamt für das eigene Kind ausgesprochen, in Frage zu stellen,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da rufen die alle in der Staatskanzlei an!)

der einen Tag vor Antritt einer Fahrt für einen Auslandsaufenthalt im Rahmen der Beschulung wieder aufgehoben werden soll? Ist es denn nicht ...

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Das arme Kind!)

Ja, das arme Kind, das hier an die Öffentlichkeit gezogen wird, das sehe ich so wie Sie.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ihr solltet euch was schämen!)

Vizepräsident Höhn:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte doch, die Aufgeregtheit wieder etwas einzudämmen

(Vizepräsident Höhn)

und dem Redner die volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ist es denn nicht völlig normal, dass sich Eltern dann sorgen und sich fragen, was sollen wir denn da machen, und dass sie ihre Möglichkeiten nutzen und auch im Ministerium nachfragen?

(Unruhe CDU)

Ich halte das für einen ganz normalen Vorgang, der tagtäglich zu Dutzenden im Ministerium und in den Schulämtern stattfindet. Ich weiß überhaupt nicht, worin jetzt hier die Aufregung bestehen soll.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Das ist ja das Schlimme!)

Ich sage Ihnen auch, da Sie sich offensichtlich auf die besondere Leistungsfeststellung offensichtlich als elftes Gebot beziehen: Die besondere Leistungsfeststellung ist ein besonderer Thüringer Weg, der entstanden ist, weil Sie eine Schulpolitik der Ausgrenzung betrieben haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst als das schiefgegangen ist, erst dann sind Sie darauf gekommen und haben gesagt: Hier brauchen wir eine besondere Leistungsfeststellung. Dann hören Sie sich doch einmal bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort um, wie sie unter dieser Mehrbelastung stehen und sagen: Das bringt uns gar nichts! Und wenn 180 Schülerinnen und Schüler in Thüringen diese besondere Leistungsfeststellung nicht bestehen, sage ich, dann sollten wir mal die besondere Leistungsfeststellung infrage stellen und nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag eine CDU-Schulpolitik weitermachen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Meine Damen und Herren, Sie machen es uns auf dem Podium heute aber besonders schwer.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das ist ja auch besonderer Unsinn!)

Herr Kollege, die Freiheit des Wortes gilt auch hier im Plenarsaal des Thüringer Landtags. Herr Abgeordneter Wolf, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Dieser Meinung können Sie gern sein und Sie können sich gern dazu melden, wenn Sie irgendetwas

dazu beizutragen haben, das mit Bildung zu tun hat. Das würde ich bei Ihnen noch bezweifeln.

(Unruhe CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen ja: Jedem Neuanfang wohnt sprichwörtlich ein Zauber inne. Nun ist eine gute Vorbereitung auf ein Schuljahr im Ministerium, den Schulämtern, den Schulen alles andere als Zauberei. Ich möchte daher allen, die an der Vorbereitung des Schuljahrs 2016/2017 beteiligt waren, seitens meiner Fraktion danken und bin mir sicher, dass diese Vorbereitung dazu führen wird, dass die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in Thüringen bestmögliche Bedingungen für das Schuljahr haben, gemessen aber an dem Maß, dass in Zeiten des demografischen Wandels – Frau Ministerin ist darauf schon eingegangen – tagtäglich in den Schulen noch viele Herausforderungen zu lösen sind. Allen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern wünsche ich von hier aus ein erfolgreiches Schuljahr.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ich Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, gelesen habe, habe ich mir so gedacht: Aha, Mike Mohring, da er auch in einem MDR-Interview eingestanden hat, dass Urlaub dieses Jahr nicht so seine Sache war, hat ein Interview gegeben und dabei ist er auf die Idee gekommen, mir fehlt noch ein Thema für ein Sonderplenum. Da hat er dann wahrscheinlich bei Kollegen Tischner angerufen. Ich vermute einmal eher, da Kollege Tischner in Italien in Urlaub war, bei der Referentin von Kollegen Tischner. Und die armen Menschen mussten

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Falsch, falsch, falsch!)

dann alles das zusammenschustern und zusammenschreiben,

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Nach Italien fährt immer jemand anderes!)

was hier im letzten Jahr im Plenum oder im Bildungsausschuss schon hinlänglich besprochen und geklärt worden ist. Nun ist es aber nicht so wie bei Witwe Bolte, dass es besser schmeckt, nur weil es wieder aufgewärmt ist. Ganz im Gegenteil! In Ihrem Antrag steckt so viel Unsinn drin. Frau Ministerin ist schon darauf eingegangen, ich werde dazu auch noch etwas sagen, dass Ihr aufgewärmter Antrag weder was mit Bildungspolitik zu tun hat und schon gleich gar nicht mit einer zukunftsweisenden Personalpolitik. Also er schmeckt überhaupt nicht und das werden wir jetzt einmal im Einzelnen durchgehen.

Es gibt in China eine Weisheit, die sagt: Man braucht zum Segeln nicht nur den Wind, sondern

(Abg. Wolf)

man braucht auch Segel! Und eigentlich sind das Entscheidende am Segeln, damit man auch ankommt, die Segel und nicht der Wind. Nun kann man sich natürlich fragen, was hat das mit Ihrem Antrag zu tun? Ich will das auch in Fragen fassen: Was hat denn die CDU in ihrer 24-jährigen Regierungsverantwortung in Thüringen und seit zwei Jahren in der Opposition getan und beigetragen, um von dem CDU-initiierten Chaos Abhilfe zu schaffen? Was haben wir als rot-rot-grüne Landesregierung seitdem getan

(Zwischenruf Abg. Bühl, CDU: Sie haben das Chaos angerichtet!)

und wie müssen wir denn die Segel setzen, um für alle auch sicher durch alle Wetterlagen, Strömungen und eventuellen Havariefälle das schwere Schiff „Bildung“ steuern zu können? Der CDU-Antrag befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen „Schulgesetz“, „Besoldungsgesetz“, „Steuerung von Schule und Bildung“, „Haushalt“ – hier insbesondere Klassenfahrten und Gebühren für Spezialgymnasien für Unterbringung und Verpflegung – und im weitesten Sinne auch „Ganztagsschule“ und „Schulentwicklung“ selbst. Zu all diesen Themen hat die CDU eine tapfer gefasste Meinung der letzten zwei Jahre: Das geht erst einmal alles gar nicht.

Die Landesregierung soll Ihrem Antrag folgend im Schulgesetz Regelungen unterlassen, die eine Steuerung von sinnvollen Schulgrößen beinhalten. Dieses Kirchturmdenken der CDU würde aber vor allem zulasten der Kinder und Pädagoginnen und Pädagogen gehen. Warum? Weil Kleinstgrundschulen und kleine Regelschulen keine guten pädagogischen Angebote mehr sicherstellen können, die zur individuellen Förderung notwendig sind – und, dass Lehrer nicht ständig zu Reisekadern gemacht werden. Was auch wiederum zulasten der Gesundheit geht. Sie müssen hier schon einmal Farbe bekennen. Wie gerecht ist das denn, dass Kinder in kleinen Grund- und Regelschulen in einer Klasse mit 15 oder nur 12 anderen Kindern zusammen lernen können, während Kinder aus Erfurt, aus meiner Heimatstadt Jena oder anderen Städten in Klassen sitzen, wo 27 bis 30 Kinder heutzutage ganz normal sind?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Also doch Schulen schließen!)

Sie können sicherlich auch Auskunft darüber geben, welche Konsequenzen die CDU-Landesregierungen aus seit Ende der 90er-Jahre bekannten Reformbedarfen im Bereich „Schule“ gezogen haben? Der eigentliche Skandal ist, dass Sie sich hier hinstellen und vom Chaos fabulieren, aber die allermeisten Baustellen, die Schulen wirklich täglich beschäftigen, nämlich das, was zur Unterrichtsabsicherung notwendig ist, das geht auf Ihr Versagen zurück! Aber wir werden diese Herausforderung als rot-rot-grüne Landesregierung lösen und uns vom

CDU-Gezänk nicht von unserem Weg abbringen lassen.

Weiterhin: Hat die CDU in ihrer Verantwortung für den Bereich Bildung und zuletzt Finanzen Vorschläge zur Weiterentwicklung des längst veralteten Sockelfaktoren-Modells nach THVPS vorgelegt, das die eigentliche Problematik der fehlenden Ausstattung mit Lehrkräften an den Schulen beinhaltet? Haben Sie das vorgelegt? Nein, haben Sie nicht. Warum ist das notwendig? Einerseits, da es der Landesrechnungshof schon lange angemahnt hat – wir haben uns das jetzt als Haushalts- und Finanzausschuss dauerhaft auf die Tagesordnung gesetzt –, andererseits, da dieses ein Personalsteuerungsinstrument aus Zeiten des Personalüberhangs ist, welches zwangsläufig in Zeiten des beginnenden Personalmangels völlig ungeeignet ist. Hat die CDU heute Vorschläge, wie die Schulen mit einem Personalabbaupfad der CDU im Bereich Schule umgehen sollen? Gar nichts.

Man kann nur immer wiederholen: Das laute Wehklagen der CDU über zeitweisen schulspezifischen Fachlehrermangel korrespondiert natürlich überhaupt nicht mit dem Beschluss der Regierung Lieberknecht, noch weitere 2.000 Lehrerstellen abzubauen. Hat die CDU in den Haushaltsdebatten hier 2015 und auch für den jetzigen Doppelhaushalt auch nur einen Vorschlag, einen Antrag dazu eingebracht, Kollege Emde? Null. Völliger Ausfall. Sieht so die staatspolitische Verantwortung der CDU für den Zukunftsbereich Bildung oder gar das Land Thüringen aus?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich kommt die größte Überraschung aber in Punkt 2 Ihrer Forderungen. Sie wollen kein inklusives Schulgesetz. Herr Mohring und Herr Tischner, Sie können vor dem Hintergrund Ihres christlichen Menschenbildes natürlich erklären, warum Sie es für notwendig halten, dass Kinder – um einmal Gerhard Schöne zu zitieren –, „die nicht stark, nicht schnell sind, Kinder, die nicht ganz so hell sind“, warum diese Kinder dauerhaft in Schulen unterrichtet werden sollen, in denen nur 10 bis 30 Prozent der Schulabgänger überhaupt einen regulären Schulabschluss haben und so ein Leben lang stigmatisiert werden. Das können Sie sicherlich mit Ihrem christlichen Menschenbild erklären.

Können Sie erklären, warum Sie den Entwicklungsplan Inklusion als Regierungsfraktion in der letzten Legislatur mitgetragen haben, bei dessen Umsetzung Sie uns heute aber nahezu wortgleich mit den Rechtspopulisten der AfD eine bildungspolitische Kampfansage entgegenschleudern?

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist so ein Schwachsinn!)

Wenn das für die CDU eine gute Gesellschaft ist...

(Abg. Wolf)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Herr Wolf, es ist schön, dass Sie Schulen abschaffen wollen!)

Ich versuche einmal, eine Erklärung zu liefern. Es kommt Ihnen gar nicht auf die Unterstützung der Schwachen an, so wie es gute Christenpflicht wäre.

Vizepräsident Höhn:

Einen kleinen Augenblick, bitte. Herr Kollege Wolf, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Ich halte es da wie Kollege Mohring. Sie haben heute noch Rederecht.

Vizepräsident Höhn:

Herr Tischner, der Wunsch nach einer Frage ist leider abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Aber er wollte doch was wissen!)

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Die Erklärung, die ich Ihnen dazu liefere, ist: Sie wollen Ihr gegliedertes Schulsystem mit manifester Trennung von vermeintlich Starken, die häufig nur das Glück hatten, in sozial starke Familien hineingeboren worden zu sein, und vermeintlich Schwachen, die dieses Glück eben nicht hatten, unbedingt aufrechterhalten. Bildungspolitik einer Landesregierung unter Linken, Sozialdemokraten, Grünen sieht aber genau das vor: Individuelle Förderung aller, keiner darf ohne Abschluss abgehen, Schulentwicklung unter Einbeziehung des Sozialraums Schule und aufgabengerechte Personalausstattung. Das ist der Anspruch der rot-rot-grünen Landesregierung. Daran lässt sich Frau Bildungsministerin sicherlich gern messen.

Viele der nachfolgenden Punkte beschäftigen sich im Wesentlichen mit der Novellierung des Besoldungsgesetzes. Erinnern wir uns zurück: Im Jahre 2008, das letzte Jahr der CDU-Alleinregierung, wurde das Besoldungsgesetz in der Art geändert, dass wir heute vor schier unlösbaren Aufgaben stehen. Ich sage es hier ganz klar: Die CDU ist dafür verantwortlich, dass in Thüringen die Lehrer im unteren Drittel bezahlt werden, dass uns im Bereich der Absicherung der Lehrerbildung zweite Phase die notwendigen Ämter fehlen und dass wir keine Beförderung oder kaum – zumindest keine ausreichende Beförderung in den letzten acht Jahren zu den Schulleitertätigkeiten mehr vorgenommen haben. Denn wer hier bis 2014 die Gesamtverantwortung in der Landesregierung und das federführende Finanzministerium innehatte, ist ja wohl auch klar: Das war die CDU.

Die Gewerkschaften und Verbände und die damals noch in der Opposition und heute in Regierungsverantwortung befindlichen Fraktionen haben dies immer wieder kritisiert, aber gute Bildung stand für die CDU unter Althaus, Lieberknecht, Voss immer unter Finanzierungsvorbehalt. Es wurden Fehler gemacht, die uns heute die größten Probleme bereiten. Um nur einmal den größten CDU-Bock zu benennen: die Teilzeitverbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern. Dies brachte nach dem entsprechenden Urteil einen Personalüberhang, welcher erst heute abgearbeitet werden kann,

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Aha, aha – genau!)

wir also heute kaum noch Überhänge an den Schulen haben. Dies hat dazu geführt, dass wir heute bundesweit die ältesten Lehrerinnen und Lehrer haben. Das wiederum führt zu Krankenständen, die deutlich über dem Bundesschnitt sind, zu verhinderten pädagogischen Entwicklungssprüngen in der Schulentwicklung und damit zu dem Bildungschaos á la CDU, wie die drei Affen: nichts hören, nichts sehen, aber am lautesten schreien. Dies alles wurde durch die damals von meiner Fraktion heftig kritisierte Fehlentscheidung der Lehrerverbeamtung erzeugt. So wie heute ist eine Lehrerverbeamtung kein irgendwie geartetes Mittel zur Lösung von bildungs- oder personalpolitischen Problemen, vielleicht von finanzpolitischen Problemen, das wird man sehen. Im Übrigen kann sich heute noch nicht einmal jemand auf die jungen Pädagoginnen und Pädagogen selbst berufen, denn wie eine Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Jahr 2014 unter den Referendaren gezeigt hat, wünscht sich gerade mal knapp die Hälfte der im Vorbereitungsdienst Befindlichen eine Verbeamtung.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Manipuliert oder was?)

Hören Sie doch einfach mal zu, Herr Tischner, es wird Ihnen nicht schaden!

Auch hier wird die Landesregierung in Abstimmung mit den Fraktionen einen Weg finden, die dringend benötigten Fachlehrer dauerhaft an Thüringen binden zu können, was ohne Zweifel über eine Verbeamtung besser gelingt, der gleichzeitig die notwendigen Änderungen eines aufgabengerechten Besoldungsgesetzes für gute Bildung realisiert.

Wer aber jenseits von Statusfragen wissen will, wie die Zukunft in den Schulen aussehen wird, muss mal in andere Bundesländer sehen. Nehmen wir zum Beispiel Sachsen. Dort haben wir in einzelnen Schularten, wie der dortigen Oberschule, heute schon 60 Prozent Seiteneinsteiger. In anderen Bundesländern werden andere Regelungen zu Vorbereitungsdiensten für Seiteneinsteiger sowie Nachqualifizierungsprogramme angeboten. Wir tun gut

(Abg. Wolf)

daran, den Koalitionsvertrag umzusetzen und echte Entwicklungschancen für dringend notwendige Seiteneinsteiger anzugehen und die Schulen in ihrer Eigenverantwortung bei der Personalauswahl zu stärken.

Sie haben, Kollege Tischner, in Ihrem Antrag gefordert, früher in die Auswahl geeigneter Bewerber einzusteigen. Das, was Kollege Emde hier gesagt hat, ist purer Unsinn. Ich will das hier noch mal sagen: Wenn in Bayern im Mai eingestellt wird, aber erst im Juni/Juli die entsprechenden Prüfungen abgenommen werden, kann logischerweise nur das Vorgängerjahr überhaupt eingestellt werden. Das sollte man sich auch aufseiten der CDU noch mal genauer ansehen. Sehen wir aber mal vom Hase- und-Igel-Effekt, den das mit sich bringt, ab, ist es dann nicht sinnvoller, den Schulen die Verantwortung für die Personalauswahl selbst zu übertragen? Wissen nicht die Schulleitungen, die örtlichen Personalräte und eventuell die Schulkonferenzen viel besser, welche Lehrkraft für welches Schulkonzept geeignet ist? Macht es nicht darüber hinaus auch Sinn, sich bei der Auswahl der Lehramtsanwärter diese nach einer möglich zu besetzenden Stelle der Schule auszusuchen?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Ihr zentralisiert doch alles!)

Lieber Kollege Tischner, denken Sie doch nicht immer so formal, denken Sie auch einmal im Sinne der Schulen!

Natürlich sind manche Diskussionen auch immer wieder spannend, wie zum Beispiel die sogenannte Bestenauslese. Das, was sich die Grundgesetzväter und -mütter völlig zutreffend richtig gedacht haben, läuft automatisch dann leer, wenn wir weniger ausbilden als wir perspektivisch einstellen müssen. Auch hier will ich auf die Verantwortung der CDU bezüglich des Besoldungsgesetzes aus dem Jahr 2008 verweisen und auch darauf, dass Thüringen das einzige Bundesland ist, welches die wichtige Aufgabe des Fachleiters an einem Studienseminar nicht mit einem eigenen Amt besetzt. Die Wirkung ist heute schon da. Obwohl die Vorgängerregierung geplant hatte, die Ausbildungskapazität in der zweiten Phase auf 1.200 zu erhöhen, ist sie aufgrund mangelnder Fachleiter um 100 Lehramtsanwärter zurückgegangen. Besonders schlimm wird sich dies im Bereich Förderpädagogik auswirken, wo wir noch ganze fünf Lehramtsanwärter haben – fünf, bei einem jährlich kurzfristigen Einstellungsbedarf von 100 bis 120 Förderpädagogen. Auf diese Bestenauslese bin ich dann heute schon mal gespannt. Eine tatsächliche Auslese unter geeigneten Bewerbern kann man nur vornehmen, wenn man selbst auch nach Einstellungsbedarf ausbildet. Nun kann natürlich jeder seine Meinung kundtun, mit wie wenigen Lehrern wir unsere Kinder bestens auf das Leben vorbereiten können. Wir haben als rot-rot-

grüne Landesregierung in den Jahren 2015/2016 Einstellungen vorgenommen, die den Abgangszahlen entsprechen. Wir haben damit so viele junge Pädagoginnen und Pädagogen eingestellt wie keine Landesregierung in den letzten zehn Jahren. Das wird auch die Verjüngung in den Lehrerzimmern befördern, wird die Krankenstände abschmelzen und neue pädagogische Methoden in die Schulen bringen. Ich sage: Gut so!

Wir haben ein Schulbauprogramm aufgelegt. Die letzte CDU-geführte Landesregierung hatte ganze 12 Millionen Euro pro Jahr für Schulbauinvestitionen. Wir haben pro Jahr 30 Millionen Euro. Wir haben darüber hinaus die Schulen in die Lage versetzt, mit den neuen Herausforderungen der Integration in unseren Bildungseinrichtungen umzugehen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben die freien Schulen – immerhin zehn Prozent der Schüler werden dort unterrichtet. Den freien Schulen haben wir Sicherheit und gute Entwicklungsperspektiven gegeben, die sie unter der CDU-geführten Landesregierung eben nicht hatten. Wir haben darüber hinaus die Voraussetzung für eine gute ganztägige Bildung geschaffen, indem wir allen Beschäftigten, die es wollten, Beschäftigungssicherheit gegeben haben – durch dauerhafte Beschäftigung. Dies alles haben wir, hat Bildungsministerin Dr. Klaubert realisiert – bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung durch Rot-Rot-Grün. Dafür verdient sie meinen Dank und meine Anerkennung.

Der Bereich Schule ist der einzige Bereich im Land, wo auf Grundlage der Schülerzahlen, der Stundentafel, der Lehrerarbeitszeit und der Altersstruktur der Lehrer bis 2022 ein durchgerechnetes Personalkonzept existiert. Die darin enthaltenen Zahlen sind auch heute noch aktuell – und zwar fachspezifisch –, weil sich an den Parametern nichts geändert hat. Die Überhänge an den Schulen – ich hatte es schon gesagt – sind weg. Wenn man sich das Personalentwicklungskonzept ansieht, dann stellt man fest, dass wir 2018 einen Ersatzbedarf von 800 Stellen und 2019 von 850 Stellen haben. Zusätzlich brauchen wir – wie auch von der GEW und anderen Lehrerverbänden, dem Thüringer Lehrerverband, gefordert – eine Personalreserve, die auch in den Schulen ankommt. Also wird sich der Einstellungsbedarf 2018 in etwa bei 1.000 Stellen bewegen müssen und 2019 bei 1.050. Die Regierungsfractionen werden sich in den Haushaltsberatungen eingehend mit den Einstellungsbedarfen beschäftigen, natürlich mit dem Ziel, alle ausscheidenden Pädagoginnen und Pädagogen zu ersetzen und darüber hinaus auch wirklich auf die steigenden Schülerzahlen einzugehen. Schauen wir auch da wieder nach Sachsen. Sachsen ersetzt alle ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer eins zu eins. Zusätzlich werden jedes Jahr 500 Leerstellen aus-

(Abg. Wolf)

gebracht – nicht zusätzliche Leerstellen, sondern Leerstellen als unbefristete Lehrerstellen –, die dann abgebaut werden, wenn die Schülerzahlen wieder zurückgehen. Was wir brauchen, ist also, dass wir tatsächlich nach Bedarf einstellen. Wir werden das auf jeden Fall so in die Haushaltsberatungen mitnehmen.

Was müsste und sollte weiterhin getan werden, um einerseits den Krankenstand sofort merklich zu senken und andererseits noch mehr junge Pädagoginnen und Pädagogen in den Thüringer Schuldienst zu holen und so die verfestigten Altersstrukturen aufzubrechen? Die Antwort ist so schnell wie einfach zu realisieren: Teilzeit auch für Lehrer. Ich sage es hier mal ganz klar: Ich bin Finanzministerin Taubert sehr dankbar, dass sie gerade in den letzten Tagen bezüglich der Krankenstände in der öffentlichen Verwaltung im Land darauf aufmerksam gemacht hat, dass Teilzeit dort ein wesentliches Instrument sein kann. Nun können sich einige fragen, warum Lehrer keine oder kaum Teilzeit nehmen. Fakt ist doch, dass ein Mathe-Physik-Lehrer oder eine Kunst-Latein-Lehrerin, die für sich selbst einschätzt, dass sie den Anforderungen einer 100-Prozent-Stelle nicht mehr gewachsen ist, heute aufgrund des Mangelfachs Schwierigkeiten hat, auf 80 Prozent zu gehen und so für sich selbst wenigstens noch einmal einen Tag in der Woche hat, sich zusätzlich zu motivieren und auch was für die Gesundheitsvorsorge zu tun. Es muss aber abgesichert werden, dass die restlichen Stellenanteile, die entstehen, zusammengezogen werden, um diese zusammengezogenen Stellen mit jungen Pädagoginnen und Pädagogen neu zu besetzen. Mal ganz davon abgesehen, dass wir dadurch einen kräftigen Spareffekt durch die niedrigeren Stufen hätten, ist dies im Personalentwicklungskonzept Schule alles durchgerechnet und rechtlich durchgeprüft. Das kann sofort umgesetzt werden und sollte auch sofort umgesetzt werden.

Kommen wir zurück zu dem wenig geglückten CDU-Antrag. Sie haben da alle Ihre bereits im Ausschuss und im Plenum letzten Herbst diskutierten Positionen reingepackt, damit es mächtig und nach viel aussieht. Ich sage Ihnen, es sieht eher dünn und chaotisch aus.

(Beifall DIE LINKE)

So haben Sie rechtlich völlig unhaltbare Forderungen wie ein Schulleiterversprechen drin, welches mal eben den Rechtsstaat infrage stellt. Sie haben unbelegte Aussagen aller unterfinanzierten Klassenfahrten-Regelungen drin, die im Übrigen in anderen Bundesländern in der gleichen Art wie in Thüringen so angewandt werden. Sie haben typische Forderungen einer Oppositionsfraktion drin, wie die Aushebelung der Landeshaushaltsordnung bei den Gebühren zur Unterbringung und Verpflegung an den Spezialgymnasien. Auch hier, selbst

wenn Sie das gern skandalisieren: Es ist rechtens, Gebühren alle drei Jahre und nicht nur alle acht Jahre anzupassen. Diese Anpassung hat gar nichts mit einem von Ihnen unterstellten Fremdeln der Linken gegenüber begabten Schülerinnen und Schülern zu tun, sondern ist konsequent rechtskonformes Handeln einer Landesregierung, schlicht und einfach.

Richtig abstrus wird es aber, wenn man sich die eigentlichen bildungspolitischen Herausforderungen ansieht und was die CDU dazu zu sagen hat. Das große Thema der Bildung ist seit Jahren der Umgang mit Heterogenität als gesellschaftlichem Auftrag der Integration aller in unserer Gesellschaft und in die Arbeitswelt. Untersetzen lässt sich das Thema „Umgang mit Heterogenität“ unter anderem durch Inklusion, ganztägige Bildung, Umgang mit kulturellen und sprachlichen Barrieren und Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien. Dazu braucht es nicht nur personell wie räumlich gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, sondern auch frühkindliche Förderung, Steuerung von Bildungsprozessen im lokalen Raum und flächendeckende Angebote eines längeren gemeinsamen Lernens in den Klassenstufen 1 bis 12, also Gemeinschaftsschule. Sagt Ihr Antrag zu diesen Herausforderungen irgendetwas? Wenig, und dann nach dem Grundsatz, das alles will die CDU nicht.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wir wollen erhalten!)

So bleiben Sie auf dem Stand der 90er-Jahre stehen und verbauen den Schulen, den Schülern und Eltern Entwicklungsmöglichkeiten, für die Thüringen als Land einmal wie kein anderes stand, das Land der Reformen in der Pädagogik.

Sie als CDU haben die Wahl, Thüringen mitzugestalten und den Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben oder Ihren Kurs kleinlichen Kritikerturns weiter fortzusetzen und sich so den Ruf Ihres CDU-Parteifreunds und Jenaer Bürgermeisters Schenker tagtäglich neu zu verdienen. Schenker sagte 2014, die CDU hat ein Bildungsverständnis wie aus der Kaiserzeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als rot-rot-grüne Landesregierung hingegen gestalten auch im Bildungsbereich mit dem Anspruch der bestmöglichen Teilhabe für alle und werden Thüringen fair-ändern. Darauf können sich die Thüringer Lehrer, Erzieher, Eltern und Schüler verlassen.

Um auf die eingangs erwähnte chinesische Weisheit zurückzukommen: Wir stellen auch im Bildungsbereich die Segel richtig, damit wir das Boot sicher ans Ziel bringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Wolf)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächste hat Frau Abgeordnete Muhsal, Fraktion der AfD, das Wort.

Abgeordnete Muhsal, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Abgeordnetenkollegen! Ich muss schon sagen, ich bin eigentlich ein bisschen irritiert über die Debatte hier. Es klingt überhaupt nicht nach Plenardebatte, sondern eher nach Märchenstunde. Frau Ministerin Klaubert hat damit angefangen, Herr Mohring führt als Märchenonkel Mohring das weiter fort und dann kommt auch noch der böse Wolf – ich denke, Sie verzeihen mir das.

Ich habe mir diesen CDU-Antrag zum ersten Mal angeschaut und habe mir direkt gedacht, Herr Mohring hat Angela Merkel zum Vorbild, das sieht man sofort, denn das Ausblenden der Realität ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die CDU einen solchen Antrag verfasst. Schon vor der Sommerpause hat die CDU die Dreistigkeit besessen, die aktuellen Probleme in der Bildungspolitik, die zweifellos vorhanden sind, in einer Art und Weise zu kritisieren, die eine Einsicht in die eigenen Fehler der letzten Jahre und Jahrzehnte völlig vermissen ließ. Ich denke, es ist allein den guten Verbindungen der CDU in die Medienlandschaft zu verdanken, dass sie dafür nicht mit Hohn und Spott übergossen worden ist. Sie werden von den Medien nicht mit Hohn und Spott übergossen, obwohl Sie doch eigentlich dastehen wie die Pechmarie.

(Beifall AfD)

Als Regierungsfraktion haben Sie Ihre Aufgaben nicht ordentlich erledigt und als Oppositionsfraktion kriegen Sie genau das immer und ständig schon allein anhand der Fakten immer wieder vorgeführt. Besonders deutlich zeigt sich das permanent, wenn Sie die schlechte Personalsituation an den Thüringer Schulen ansprechen. Der Altersdurchschnitt unserer Lehrer liegt bekanntermaßen bei 51,3 Jahren. Dieser hohe Altersdurchschnitt und die Tatsache, dass jetzt quasi alle Lehrer gleichzeitig in den Ruhestand gehen, ist nicht etwa vom Himmel gefallen, wie man denken könnte, wenn man Ihnen zuhört, sondern diese Fehlentwicklung, dieses Problem ist entstanden, weil die CDU-geführte Landesregierung in der Vergangenheit nicht in vernünftiger Art und Weise neue Lehrer eingestellt hat. Diese langfristigen Fehler, die die CDU in der Vergangenheit gemacht hat, lassen nicht darauf schließen, dass Sie es in Zukunft besser machen könnten.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

(Beifall AfD)

Aber ich kann Ihnen versprechen, diese Fehler, die Sie in der Vergangenheit in der Bildungspolitik gemacht haben, und die Fehler, die die derzeitige Landesregierung macht, die wird es mit der AfD nicht geben.

(Beifall AfD)

In drei Jahren sind wieder Landtagswahlen und ich bin voller Zuversicht, dass die AfD sich bis dahin als stärkste Kraft etablieren kann. Genauso wie wir momentan als Fraktion vier Kernthemen, nämlich direkte Demokratie, Asyl und Einwanderung, Familie und die Bildung festgelegt haben, so wird auch eine AfD-geführte Landesregierung Kerngebiete festlegen und eines dieser Kerngebiete wird mit Sicherheit die Bildung sein.

(Beifall AfD)

Jede zukunftsgerichtete deutsche Regierung sollte die Bildung in den Mittelpunkt stellen, denn Bildung bedeutet nicht nur eine Verbesserung der Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen, sondern Bildung ist der Schlüssel zum Erhalt unseres Wissens, unserer Werte und unserer Kultur. Um das auf die Probleme und Themen herunterzubrechen, die wir heute diskutieren, die jetzige Landesregierung erwägt ganz offenbar, Mindestgrößen für Schulen und Klassen zu schaffen, um unter dem Deckmantel dieser Mindestgrößen vor allem Schulen in ländlichen Gebieten schließen zu können. Eine solche Politik gibt es mit der AfD nicht. Wie auch schon in unserem Wahlprogramm zu lesen ist, werden wir dem jahrgangsübergreifenden Unterricht immer Vorrang gegenüber Schulschließungen geben. Schulen sind wichtige Zentren des kulturellen Lebens und müssen als solche erhalten bleiben.

(Beifall AfD)

Eine solche Bildungspolitik geht einher mit einer aktivierenden Familienpolitik. Wir wollen, dass wieder mehr Thüringer geboren werden, die dann natürlich auch unsere Klassenzimmer füllen.

Zum Thema „Schulstatistiken“: Das thematisieren wir als AfD schon eine ganze Weile immer wieder. Unserer Ansicht nach sollen Schulstatistiken so geführt werden, dass Unterrichtsausfall, fachfremde Vertretung und Stillarbeit klar daraus erkennbar sind. Die Öffentlichkeit ist bei Entscheidungen der Regierung ein wichtiges Korrektiv und deswegen soll jeder Elternteil, jeder Schüler und auch jeder Lehrer sehen können, wie viel Unterricht tatsächlich erteilt wurde. Die Verschleierungstaktik der jetzigen Landesregierung werden wir dann beenden. Das können wir im Gegensatz zur CDU, die genau das Gleiche genauso verschleiert hat, als AfD auch glaubhaft tun.

(Abg. Muhsal)

(Beifall AfD)

Zu guter Letzt: Wenn eine Landesregierung die Bildung als das Kerngebiet eines jeden deutschen Staats anerkennt, das sie tatsächlich ist, dann wird dieses Kerngebiet natürlich auch ausreichend finanziert. Das heißt, es gibt keine dauerhaft maroden Schulgebäude, es gibt keine Eltern, die die Wände und Decken in den Klassen ihrer Kinder streichen müssen, weil es den Staat nicht interessiert, ob die Kinder in einer Bruchbude sitzen oder es gibt vor allem auch genügend Lehrer, die zu vernünftigen Konditionen eingestellt werden, und zwar nicht nur in den Fächern, die gebraucht werden – das sollte selbstverständlich sein, ist es leider mit dieser Landesregierung nicht –, sondern sie werden auch in den Fächern eingestellt, die sie an der Uni tatsächlich studiert haben.

Bildung ist Kernaufgabe und diese Kernaufgabe nimmt weder die derzeitige Landesregierung, noch die Vorgängerregierung ausreichend wahr. Das Versagen der CDU als Regierungs- und auch als Oppositionsfraktion zeigt sich auch beim Thema „Inklusion“. Um ihr Versagen zu verdecken, fordern Sie die Landesregierung in Punkt 2 Ihres Antrags auf, das Förderschulgesetz nicht in das Schulgesetz zu integrieren. Damit suggerieren Sie, dass Sie ein inklusives Schulgesetz ablehnen. Aber, wenn man sich einmal genau anschaut, woher die Pläne der jetzigen Landesregierung kommen, ein inklusives Schulgesetz zu etablieren, dann wird man im Jahr 2012 bei der damaligen CDU-geführten Landesregierung fündig.

(Beifall AfD)

Im Juli 2012 hat der Thüringer Landtag einstimmig – also auch mit den Stimmen der CDU – den Beschluss gefasst, die Landesregierung mit der Erstellung eines Entwicklungsplans zur Realisierung eines inklusiven Schulsystems zu beauftragen. Im Juli 2013 erschien dann der Entwicklungsplan Inklusion und dieser Entwicklungsplan Inklusion stellt einen klaren Fahrplan dessen dar, was die Landesregierung jetzt tut. Fest steht also: Die CDU hat mal wieder die entscheidenden Weichen für den Unsinn, den Rot-Rot-Grün jetzt macht, gestellt. Sie haben die Weichen dafür gestellt, dass in unserem Land die Förderschulen abgeschafft werden, und der Antrag heute dazu ist eine einzige Farce.

(Beifall AfD)

Deswegen kann ich nur an Sie appellieren: Denken Sie um, soweit Sie es können. Sie kennen ja bereits unseren Antrag „Förderschulnetz erhalten – Förderschulen stärken – für eine erfolgreiche Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf“. Und wenn Sie umdenken, dann stimmen Sie dem doch zu. Denn damit ist den Förderschulen und den Schülern in unserem Land wesentlich mehr geholfen als mit Ihrem Alibiantrag.

Zu guter Letzt möchte ich noch auf Ihre Forderung zur Rücknahme der Gebührenerhöhung bei den Spezialgymnasien eingehen. Wir als AfD haben in den letzten Haushaltsdebatten den Antrag gestellt, 200.000 Euro, die selbstverständlich gegenfinanziert waren, zusätzlich für die Spezialgymnasien zur Verfügung zu stellen, damit genau diese Gebührenerhöhung nicht notwendig ist. Nicht nur hat die CDU keinen einzigen eigenen Haushaltsänderungsantrag gestellt – nein, die CDU hat auch diesen AfD-Antrag, der das Problem frühzeitig und unbürokratisch gelöst hätte, abgelehnt. Wer soll denn in dieser Sachlage Ihren Antrag noch ernst nehmen? Ich glaube, wir sind uns einig: niemand!

Scharf kritisieren möchte ich in diesem Zusammenhang allerdings die Landesregierung, denn die Landesregierung hat eine miserable Informationspolitik verfolgt, hat sich einen Fehltritt nach dem anderen erlaubt und erst nach massivem öffentlichen Druck ist die ursprüngliche Erhöhung von 30 Prozent durch die Staffelung wenigstens abgeschwächt worden. Auch hier ist allerdings mal wieder deutlich geworden, dass die Landesregierung nicht hält, was sie verspricht. Versprochen war, wenn man der vierjährigen Medienberichterstattung glauben darf, dass bei einem Jahresbruttoeinkommen von unter 35.000 Euro Familien mit drei Kindern weiterhin nur 50 Prozent des Beitrags zahlen müssen. Tatsächlich sind es laut der neuen Verwaltungsvorschrift aber 60 Prozent. Familien mit zwei Kindern müssen nicht etwa wie angekündigt 70 Prozent des Betrags zahlen, sondern 75 Prozent. Die Landesregierung erhöht also massiv die Gebühren, hält sich nicht an Zusagen und belastet damit auch noch Mehrkindfamilien. Es ist natürlich keine Frage, dass wir das als AfD ablehnen.

(Beifall AfD)

Diese Ablehnung kann aber nicht dazu führen, dass wir diesem Alibiantrag der CDU zustimmen. Sie haben als Regierungsfraktion versagt und Sie haben als Oppositionsfraktion versagt. Liebe CDU, liebe Pechmarie, wir lehnen Ihren Antrag ab, denn glaubwürdige Politik sieht anders aus. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster erteile ich Frau Abgeordneter Rosin, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordnete Rosin, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich den vorliegenden Antrag zur Kenntnis bekam, ist mir gleich dessen positiver Aspekt aufgefallen. Das Meiste von dem, was in diesem Antrag erfragt, thematisiert oder eingefordert wird, ist bereits in gleicher Form, mitunter allerdings von anderen Initiatoren, behandelt worden.

(Abg. Rosin)

Die aufgeführten Sachverhalte sind hier im Plenum oder im Bildungsausschuss schon ausführlich diskutiert worden und hielten dem Faktencheck nicht stand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber warum bedarf es dafür einer Sondersitzung? Ich will das nicht an jedem einzelnen Punkt Ihres umfangreichen Antrags nachweisen, sondern bloß symptomatisch zwei Ihrer Anstriche herausgreifen. Da fragen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, in den Punkten 1, 2, 3 und 6 nach der aktuellen Personalsituation an den Thüringer Schulen und untergliedern dies in die Einzelaspekte Altersstruktur, Krankenstand, fachfremde Vertretung, Unterrichtsausfall, Einstellung in den Schuldienst, Stellenwandlungen und Besetzung von Leitungsfunktionen. Genau diese Aspekte hat aber meine Kollegin Astrid Rothe-Beinlich in einer sehr umfangreichen Kleinen Anfrage mit der Nummer 1048

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hätten Sie ja mal lesen können!)

mit dem Titel „Personalsituation, Seiteneinsteiger, Mangelfächer und Förderprogramme im Schulbereich in Thüringen“ abgefragt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist wahr!)

Das Bildungsministerium hat darauf im Juni – das betone ich – in der Drucksache 6/2252 sehr umfangreich und gut fundiert und dokumentiert geantwortet. Sollten Ihnen diese Anfrage und die Antwort des Bildungsministeriums tatsächlich entgangen sein, so können die nötigen Informationen dort problemlos nachgelesen werden.

Warum das Ganze aber nun noch einmal hier im Plenum abgefragt wird, erschließt sich mir nicht. Die Antworten des Bildungsministeriums dürften sich höchstens graduell von jenen unterscheiden, die das Ministerium erst vor wenigen Wochen gegeben hat. Auch alle anderen Fragen, die die CDU-Fraktion unter Punkt 1 auflistet, sind in den letzten Monaten und Wochen Gegenstand einer ganzen Reihe Kleiner Anfragen gewesen und sind zudem ausführlich von uns gemeinsam im Bildungsausschuss beraten worden. All dies noch einmal in einen Plenarantrag zu packen, erscheint mir wenig sinnvoll und hinterlässt einen herben Beigeschmack.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich zum zweiten Anstrich, den ich hier beispielhaft benennen möchte. Es geht darum: In Ihrem Forderungskatalog geben Sie an, dass Sie die Landesregierung auffordern, im Rahmen eines Schulleiterversprechens sicherzustellen, dass keine Schule länger als drei Monate ohne ordentlichen

Schulleiter auskommen muss. Dies gilt auch für Stellen von ständigen Vertretern von Schulleitern. Das klingt zunächst einmal gut, ist aber rechtlich und faktisch nicht durchsetzbar, also momentan unerfüllbar. Das Bemerkenswerte dabei ist, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, das genau wissen. Sie haben diese Forderung bereits vor geraumer Zeit in einem Antrag erhoben, den wir hier im Plenum ausführlich diskutiert haben. Im Anschluss ist dieser Antrag, lieber Kollege Tischner, nochmals im Bildungsausschuss im Detail mit der Ministerin und den zuständigen Fachreferaten des Ministeriums diskutiert

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Nur Bedenken!)

und auf seine Umsetzbarkeit hin entsprechend als negativ beschieden worden. Mein Eindruck nach diesen vielen Erklärungsrunden ist seinerzeit gewesen, dass Sie die Faktenlage letztendlich auch verstanden und akzeptiert haben.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Nein!)

Offenbar hält Sie dies aber keineswegs davon ab, die gleiche Forderung unverdrossen ein zweites Mal im Landtag zu stellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt eine Auffassung von Oppositionsarbeit, die – entschuldigen Sie bitte – ich nicht bei Ihnen vermutet hätte, sondern eigentlich von Abgeordneten auf der rechten Seite, von Ihnen gesehen. Ich glaube, es ging Ihnen bei dieser Sache nur um reines populistisches Handeln. Manchmal würde man vielleicht auch versuchen, darüber zu sagen, dass noch ein kleines Attribut hinzukommt, mit fünf Buchstaben, beginnend mit „b“ und endend mit „g“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich stört, ist, die Verunsicherung bei Lehrern, Schülern und Eltern zu Schuljahresbeginn in Kauf zu nehmen und von angeblichem Schulchaos zu sprechen. Nach meinem Besuch und Gespräch mit einigen Schulen, Schulämtern in der Vorbereitungswoche kann ich feststellen, dass unsere Schulen und die Schulverwaltungen gute Arbeit leisten und den immer schwierigeren Herausforderungen gewachsen sind und dabei immer das Kind in den Blick nehmen.

Zu kurz gesprungen ist der CDU-Antrag schließlich auch im Hinblick auf die Gewinnung gut qualifizierter Nachwuchspädagogen für den Thüringer Schuldienst. Alles, was die CDU dazu vorschlägt, sind unbefristete Vollzeitstellen, also nichts Neues. Die Straffung des Einstellungsverfahrens, der zuletzt genannte Punkt, ist natürlich richtig und auch wichtig, aber er wird uns im zunehmend härter werdenden bundesweiten Wettbewerb um junge Lehrerinnen und Lehrer nicht wirklich weiterhelfen. Was wir

(Abg. Rosin)

aus Sicht meiner Fraktion brauchen, ist die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen unsere Position kurz anhand der Faktenlage erläutern. Bereits im Juni 2015 hat die Kultusministerkonferenz in ihrer Studie, der Dokumentation Nummer 208, mit dem Titel „Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2014 bis 2025 – Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder“ ausgeführt, dass die Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen in den ostdeutschen Ländern in den kommenden Jahren bei Weitem nicht ausreichen wird, um den Einstellungsbedarf im Schulbereich auch nur rechnerisch abzudecken.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Ihr habt sie doch reduziert!)

In der KMK-Dokumentation ist von einem Deckungsgrad von gerade mal 73 Prozent die Rede. Fazit: Die ostdeutschen Länder müssen alles tun, um ihre gut qualifizierten Absolventinnen und Absolventen zu halten und nach Möglichkeit noch weitere Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen aus den Westländern zu gewinnen. Inzwischen ist diese ohnehin recht düstere KMK-Prognose aber schon Makulatur geworden und die Situation hat sich binnen weniger Monate deutlich verschärft. Der flüchtlingsbedingt erfolgte rasche, umfassende bundesweite Anstieg der Schülerzahlen macht aus Sicht der KMK in den kommenden Jahren deutschlandweit 20.000 zusätzliche Lehrereinstellungen notwendig. Die GEW spricht sogar von bis zu 26.000 zusätzlichen Neueinstellungen. Die Zahl von 26.000 Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen entspricht rechnerisch einem kompletten zusätzlichen bundesdeutschen Absolventenjahrgang. Und der ist derzeit und auch in den kommenden Jahren überhaupt nicht auf dem Markt.

Was folgt aus diesen unerfreulichen Zahlen und Fakten? Der bundesweite Wettbewerb um junge Lehrerinnen und Lehrer wird immer härter werden und die Ausgangssituation der ostdeutschen Länder in diesem Wettbewerb wird sich noch weiter verschlechtern.

Und was bieten die einzelnen Bundesländer in diesem Wettbewerb? Ganz einfach: Schon jetzt ist in 13 von 16 Bundesländern die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern üblich. Lediglich Thüringen, Berlin und Sachsen gehen einen Sonderweg. Aber auch dies wird sich in absehbarer Zeit ändern, denn die Kultusministerin von Sachsen hat bereits vor wenigen Wochen angekündigt, angesichts der beschriebenen Faktenlage Gespräche mit Tarifpartnern über die Einführung der Lehrerverbeamtung zu führen. Auch im Berliner Senat ist seit Monaten über diesen Punkt diskutiert worden. Thüringen

droht damit im Hinblick auf die Lehrerverbeamtung schon völlig isoliert dazustehen.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun kann man natürlich sagen, dass die Thüringer Nachwuchspädagogen eine Verbeamtung für nicht weiter erstrebenswert halten und diesen Punkt bei ihrer Entscheidung über den künftigen Berufsweg als eher vernachlässigbar betrachten. Das ist dann allerdings falsch und es ist auch schon seit geraumer Zeit falsch. Bereits im Juli 2012 hat das damalige Bildungsressort unter Minister Matschie in seinem Prüfbericht zum weiteren Umgang mit Lehrerverbeamtungen Folgendes festgestellt: Dass die Wettbewerbssituation davon geprägt ist, ob Verbeamtungen vorgenommen werden oder nicht, beruht unter anderem auf gewonnenen Erfahrungen in den zurückliegenden Bewerbungsverfahren. Dabei hat sich gezeigt, dass sich eine Vielzahl der Bewerber ausdrücklich danach erkundigt, ob in Thüringen verbeamtet wird oder nicht. Insbesondere staatliche Schulämter, die an Bundesländer angrenzen, die Verbeamtungen vornehmen, Hessen, Bayern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, erleben, dass Bewerber ein Stellenangebot in Thüringen nicht annehmen, weil sich ihnen zeitgleich die Möglichkeit für eine Verbeamtung in einem anderen Bundesland bietet.

Diese Einschätzung hat das Bildungsministerium jüngst auch in der vorher zitierten Kleinen Anfrage von Kollegin Rothe-Beinlich bestätigt. In dieser Anfrage heißt es in der Antwort zu Frage 12: „Die Gründe der Bewerber, eine in Thüringen angebotene Einstellung in den Schuldienst abzulehnen, können empirisch nicht erhoben werden. Gleichwohl berichten die Schulämter regelmäßig von zahlreichen Anfragen zur Verbeamtung und von Aussagen, Einstellungen in anderen Ländern aufgrund der dortigen Verbeamtung vorzuziehen.“

Sie sehen also: Wir müssen hier handeln. Denn bereits jetzt gelingt es dem Bildungsministerium nur mit Mühe, die im Einstellungskorridor vorgesehene Neueinstellungen zu realisieren. Man darf sich an dieser Stelle nicht von den vom Bildungsministerium gebetsmühlenartig vorgetragenen Bewerbungszahlen blenden lassen. In der Realität müssen alljährlich in Hunderten von Fällen sogenannte Stellenwandlungen vorgenommen werden, um die zur Verfügung stehenden Stellen überhaupt irgendwie mit den oftmals deutlich abweichenden Qualifikationsprofilen der vorhandenen Bewerberinnen und Bewerber in Deckung zu bringen. Wer das im Detail nachvollziehen möchte, den weise ich noch mal auf die Kleine Anfrage von Kollegin Astrid Rothe-Beinlich hin.

Schon jetzt wird in Thüringen nichts anderes getan, als den bereits bestehenden Bewerbermangel kreativ zu verwalten. Meine sehr geehrten Damen und

(Abg. Rosin)

Herren, wir brauchen also die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung und wir brauchen sie schnell. Meine Fraktion hat hierzu unter Federführung unseres Haushaltspolitikers Werner Pidde, eines erfahrenen Kollegen, ein Konzept vorgelegt, das die bildungspolitischen Notwendigkeiten mit einer soliden, nachhaltigen Finanzierung verknüpft.

(Beifall SPD)

Über dieses Konzept werden wir in den kommenden Monaten intensiv mit unseren Koalitionspartnern sprechen und ich bin sicher, dass wir an dieser Stelle zu einer guten Lösung kommen werden. Die Faktenlage ist nun mal so, wie sie ist. Nicht umsonst haben sich inzwischen auch der Ministerpräsident und die Bildungsministerin öffentlich für die Lehrerverbeamtung ausgesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Punkt 2 Ihres Antrags fordern Sie, den gesamten Novellierungsprozess zum inklusiven Schulgesetz zu stoppen, um somit bei der Schulgesetzgebung alles beim Alten zu lassen, und ignorieren damit den von der CDU in der letzten Legislaturperiode mit gefassten Landtagsbeschluss, schrittweise ein inklusives Bildungssystem in Thüringen zu verwirklichen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Was hat denn das eine mit dem anderen zu tun?)

Das hat damit zu tun. Auch ein Mehr an Ganztagschulen im Grundschulbereich brauchen wir nicht, wenn man den Punkt 16 ansieht. Selbst die mit dem Votum der CDU bereits zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode im Schulgesetz verankerte individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist offenbar von der CDU nicht mehr gewünscht, denn Punkt II.17 fokussiert allein die Förderung von leistungsstarken Schülern durch gezielte Förderangebote. So steht es in Ihrem Antrag.

Es ist schon eine kuriose Situation, dass ausgerechnet wir der CDU ins Stammbuch schreiben müssen, dass auch unter Unions-Kultusministern Schulentwicklung in Thüringen passiert ist – aus sozialdemokratischer Sicht nicht immer innovativ, zeitgemäß und mit der entsprechenden Stringenz, aber ich möchte hier nicht in Abrede stellen, dass Schulentwicklung auch für die Thüringer CDU immer eine Aufgabe war. Ich möchte es nur an Folgendem belegen: Zum Beispiel hat Frau Lieberknecht damals in der Ressortverantwortung die Weichenstellung für Thüringen getroffen, nicht das im Westen dreigliedrige Schulsystem einzuführen, sondern auf ein zweigliedriges Schulwesen in Thüringen zu setzen sowie die Grundschulhorte zu erhalten und weiterzuentwickeln.

(Beifall CDU)

Ich erinnere ebenso an die Einführung der dialogischen Schulaufsicht unter Minister Krapp und an die Vorhaben einer eigenverantwortlichen Schule

unter Minister Göbel. Heute ist Schulentwicklung für die CDU aber offenbar nicht mehr relevant. Damit Sie mich in diesem Zusammenhang nicht missverstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, natürlich gibt es eine Vielzahl von Baustellen im Bildungsbereich. Das wissen wir auch. Natürlich läuft manches im Bildungsministerium nicht so rund, wie wir uns das wünschen und wie wir das auch erwarten. Das haben wir schon den Öfteren öffentlich artikuliert und wir haben das auch hier im Plenum getan. Aber warum wir diesen Antrag heute hier als Sondersitzung behandeln, zu diesem Zeitpunkt, das erschließt sich meiner Meinung nach nicht und ich hoffe, ich konnte Sie davon überzeugen. Wir lehnen diese Vorlage aus der begründeten Faktenlage, die ich jetzt vorgetragen habe, ab. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Tischner das Wort.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Jetzt bin ich aber überrascht, Frau Präsidentin, dass die Grünen nicht reden oder sie sind am heutigen Tag so schockiert, dass sie nicht reden wollen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mein Gott, ist das blöd!)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren – blöd ist das, was Ihr Minister treibt! Ich mache es mir einfach, ich schaue nach oben und habe es einfacher als Herr Wolf, ich kann sagen: Sehr geehrte Kollegen, die auch von den Schulen heute hier mit anwesend sind! Für über 240.000 Schülerinnen und Schüler, für über 22.000 Lehrerinnen und Lehrer sowie für über 4.000 Erzieher und sozialpädagogische Fachkräfte in staatlichen und freien Thüringer Schulen begann heute Morgen ein neues Schuljahr. Zunächst gilt es, all diesen Kollegen und Schülern ein erfolgreiches, gutes und sicheres Schuljahr 2016/2017 zu wünschen.

(Beifall CDU)

Leider gilt es aber am heutigen Tag auch festzustellen, was viele Bildungsgewerkschaften in den vergangenen Tagen mit Blick auf die heutige Sitzung bestätigt haben. Die Anwesenheit fast aller Bildungsgewerkschaften heute hier im Landtag zeugt von dem hohen Interesse.

(Beifall CDU)

Diese haben bestätigt, noch nie hat ein neues Schuljahr in Thüringen mit so viel Unruhe, mit so viel Verunsicherung und erst kürzlich aufgerissenen

(Abg. Tischner)

Baustellen im Schulbereich – und jetzt auch noch einem Papa-Skandal – begonnen wie unter der Regierung Ramelow.

(Beifall CDU)

Es fehlen Lehrer für die Absicherung von Arbeitsgemeinschaften, aber auch für die Absicherung des regulären Unterrichts. Viele Schulleiterposten sind nach wie vor unbesetzt. Beförderungen wird es in diesem Jahr wohl keine geben. Klassenfahrten finden nur im deutlich reduzierten Maße statt. Es fehlt Personal an allen Grundschulorten.

Trotz dieses ganzen Sammelsuriums an ungelösten Problemen strebt die Landesregierung eine umfassende Reform des Schulgesetzes und der Thüringer Schulordnung noch in diesem Jahr an und will im Rahmen dieser Reformen nicht nur das eigenständige Thüringer Förderschulgesetz abschaffen und den Druck auf die Förderzentren damit weiter massiv erhöhen, sondern Sie wollen auch gleich Mindestgrößen für Klassen und Schulen einführen und damit massiv in das bestehende Thüringer Schulnetz eingreifen. Herr Wolf hat es vorhin wieder deutlich formuliert.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Das stimmt nicht, du musst zuhören!)

Herr Wolf – jetzt ist er leider nicht da, schade. Aber Sie können es ihm ja gern sagen, er hat vorhin etwas wissen wollen. Jetzt ist er nicht einmal da, wenn er etwas wissen will, schade. Ich sage es hier auch noch einmal laut und deutlich: Wir haben nichts gegen Inklusion, genauso wie die Lehrerinnen und Lehrer nichts gegen Inklusion haben. Jeder vernünftige Lehrer gibt sich alle Mühe und will möglichst viele Schüler zu einem erfolgreichen Abschluss führen, zu einer erfolgreichen BLF führen, zu einem erfolgreichen Abitur, zu einem Regelschulabschluss – was es alles für tolle Sachen bei uns gibt. Aber wir als CDU sagen ganz deutlich: Zunächst muss das Ministerium sagen, was die Bedingungen sind, die man den Lehrern gibt, welches Mehrpersonal, welche Sachkosten die Schulen ersetzt erhalten. Davon sagen Sie nichts. Sie wollen das Schulgesetz ändern. Sie wollen damit einen rechtlichen Rahmen schaffen und am Ende gehen vielleicht sogar Eltern vor Gericht und zeigen Lehrer an, weil Sie ja dann in einem inklusiven Schulgesetz das Recht auf vollständige Inklusion haben, was auch immer das dann ist.

Dass die Regierung Ramelow angesichts der Herausforderungen, des größten Generationswechsels, der jetzt seit den 70er-Jahren ansteht, ständig neue Baustellen aufreißt und verunsichert, das zeugt tatsächlich von einem bildungspolitischen Totalausfall.

(Beifall CDU)

Ich möchte beispielhaft nur auf vier solcher Baustellen eingehen und dabei die bevorstehenden Probleme für das heute beginnende Schuljahr aufzeigen. Frau Ministerin hat auch ständig nur in der Vergangenheit gekramt. Wir haben mit unserer heutigen Debatte das jetzige Schuljahr 2016/2017 im Blick. Mit den Entscheidungen, die Sie in den letzten zwei Jahren getroffen haben, sind ziemlich große Baustellen entstanden. Zu einigen möchte ich gern noch einmal ausführen, Ihnen einige Hinweise geben, die uns gerade in den letzten Tagen erreicht haben.

Den ersten bildungspolitischen Blackout führten Sie mit dem Haushalt 2015 herbei. Sie reduzierten die Finanzmittel für Dienstreisen im Rahmen von Klassenfahrten von damals durch Minister Matschie zugewiesenen ungefähr 1,3 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 780.000 Euro. Das ist eine Kürzung durch die Regierung Ramelow von 500.000 Euro. Wenn man sich die Haushaltsansätze noch anschaut, 2014 und 2015 vergleicht, ist es sogar noch mehr. Sie haben reduziert, 700.000 Euro weniger für Klassenfahrten. Sie dann hier hinzustellen oder am letzten Schultag den Lehrern einen Brief zu schreiben, es ist alles toll und wir haben sogar noch draufgelegt, das ist wirklich realitätslos. Das können Ihnen alle Lehrer in Thüringen bestätigen.

Nach einem ewigen Hin und Her über Schulbudgets oder nicht im vergangenen Schuljahr – auch die Gewerkschaften können sich daran erinnern, im Hauptpersonalrat öfter diskutiert, jetzt zuletzt ist die Verwaltungsvorschrift dann gar nicht mehr groß diskutiert worden, sondern einfach in Kraft gesetzt worden, wie man hört –, aber bei dieser ganzen Diskussion um die Schulbudgets, wo selbst die Staatssekretärin wieder einmal den Überblick verlor, wurde der Bedarf an den Thüringer Schulen jetzt ermittelt. In einer kürzlich erhaltenen Antwort auf meine Kleine Anfrage hat mir das Bildungsministerium freundlicherweise mitgeteilt, dass die Thüringer Schulen – und jetzt hören Sie genau zu, meine Damen und Herren von der Koalition – für das heute beginnende Schuljahr, für all die Klassenfahrten – die angeblich nach Frau Klaubert, was sie heute gesagt hat, genehmigt wurden; übrigens auch wichtig für die Gewerkschaften, die anwesend sind, Frau Klaubert hat mitgeteilt, alle Klassenfahrten, wie sie beantragt sind, finden statt, da bin ich gespannt – aber jetzt kommt heraus in dieser Kleinen Anfrage: 1,45 Millionen Euro haben die Schulen beantragt für dieses Jahr und in Ihrem Haushalt stehen nur 780.000 Euro drin. Wie soll das gehen, wenn es eine Unterdeckung von fast 50 Prozent bei Klassenfahrten gibt?

(Beifall CDU)

Und dann stellt sich die Ministerin hier hin und sagt: Ja, ja, aber wir haben die Auslandsfahrten gar nicht erfasst, die kommen noch dazu. Glücklicherweise

(Abg. Tischner)

gibt es Internet, ich habe mal schnell in den Haushaltsplan geschaut, vielleicht hätte das der Referent von Frau Ministerin auch mal machen sollen, bevor er ihr das aufgeschrieben hat. Darin steht, was tatsächlich für Dienstreisen ins Ausland zur Verfügung steht. Wissen Sie es, Frau Staatssekretärin? Ich denke, die Praktiker wissen es. Da steht bei Gymnasien null Euro, da steht bei Regelschulen für Fahrten ins Ausland null Euro, da steht bei Gemeinschaftsschulen, bei Ganztagschulen null Euro. Bei Grundschulen sehe ich es noch ein. Die Finanzministerin freut sich schon, dass überall Null steht, das kann ich verstehen, aber nicht als Bildungspolitiker und nicht als ehemaliger Lehrer, das ist eine Sauerei. Dann könnte man sagen, es gibt ja noch einen anderen Posten, auch Dienstreisen. Ja, den gibt es. Dienstreisen, wo alles andere bezahlt wird, Fortbildungen, Weiterbildungen usw. Da gibt es noch mal 300.000 Euro, aber die werden mit Sicherheit gebraucht, damit die Kolleginnen und Kollegen am ThILLM auch die nötigen Weiterbildungen machen können. Sie sehen, hier ist erneut eine Riesenbaustelle verursacht worden. Das ist es, was wir Ihnen übel nehmen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, den zweiten bildungspolitischen Blackout erlebten wir mit dem Doppelhaushalt 2016/2017.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war doch Ihr Blackout!)

Bei dem Chaos, was Sie mit diesem Haushalt veranlasst haben, war es unnötig, irgendwelche Anträge zu stellen. Das hätte man nie und nimmer in Ordnung bringen können.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht ein einziger Antrag!)

Noch mal zu diesem Chaoshaushalt: Sie haben sämtliche Hinweise, die wir Ihnen im Bildungsausschuss, im Haushaltsausschuss gegeben haben, in die Luft gewürgt. Selbst Sie als Grüne, Herr Adams, haben dafür gesorgt, dass die Eltern der Spezialgymnasien mehr belastet werden, obwohl wir uns massiv im Ausschuss dagegen verwendet haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine Unverschämtheit!)

Damit bin ich bei dem Punkt Spezialgymnasien. Ohne Not haben Sie die Gebühren für die Verpflegung und Unterbringung an den Spezialgymnasien erhöht. Im öffentlichen Petitionsverfahren wird dann sogar noch klar, dass sich entgegen der Behauptung, die auch Herr Wolf heute wieder hier verbreitet hat, die Kosten überhaupt nicht erhöht haben. Was passiert ganz aktuell, meine Damen und Her-

ren? Das hat uns diese Woche von den Eltern der Schulen erreicht. Wie gehen Sie mit den betroffenen Eltern ganz aktuell um? Ich erkläre es Ihnen gern noch mal konkret: Mit der kürzlich erlassenen Änderung der im Dezember geänderten Verwaltungsvorschrift erhalten Eltern mit einem Jahreseinkommen unter 35.000 Euro 10 Prozent Ermäßigung für das erste Kind. Okay, das ist neu, das ist auch vernünftig. Jetzt aber kommt der Hammer, jetzt kommt die Sauerei, wie Sie mit den Eltern, die wenig Geld haben, umgehen: Familien mit zwei Kindern bekommen zukünftig keine bessere Ermäßigung, wie den Eltern eigentlich versprochen worden ist, sondern es bleibt wie unter Minister Matschie bei 25 Prozent Ermäßigung, also werden Familien mit zwei Kindern den vollen Satz der von Ihnen beschlossenen Erhöhung tragen müssen. Und die Sauerei geht weiter. Das Ministerium ist noch kreativer und noch unverfrorener: Familien mit drei Kindern erhielten bisher 50 Prozent Ermäßigung. Unter einer linken Landesregierung bekommen diese Familien nun nur noch 40 Prozent Ermäßigung. Das bedeutet, weil die Gebührenerhöhung in Scheiben erfolgt, dass Familien mit drei Kindern in diesem Schuljahr 10 Prozent Erhöhung plus 10 Prozent weniger Ermäßigung, also 20 Prozent mehr bezahlen müssen, nächstes Jahr dann 30 Prozent und übernächstes Jahr 40 Prozent. Das ist linke Bildungspolitik in der Praxis. So gehen Sie mit den Menschen um, so gehen Sie in unserem Land mit Familien um, die wenig verdienen.

(Beifall CDU)

Auch hier, wie bei den Klassenfahrten, fordern wir Sie zur Korrektur auf. Da können Sie noch so oft beklagen, Frau Rosin, warum wir hier alte Formulierungen bringen. Für uns sind diese Formulierungen für diese Forderung brandaktuell und das werden Ihnen ganz viele Kolleginnen und Kollegen, Eltern und Schüler auch bestätigen können.

Da gibt die Ministerin, um einen weiteren Punkt aufzugreifen, einen Referentenentwurf zur Regelung von Schulgrößen mit dem Ziel einer Ermächtigung in den Umlauf. Als der Aufschrei groß ist, will die Ministerin nicht einmal die Inhalte der geplanten Ermächtigung gekannt haben. Dass dieses Vorhaben aber durchaus in die große Linie linker Bildungspolitik passt, verdeutlicht einerseits das, was Herr Wolf gesagt hat, aber es verdeutlicht eben auch die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten zum parlamentarischen Abend des Handwerks in diesem Jahr hier in diesem Hause. Dort formulierte er vor Hunderten von Zuhörern, dass man sich zukünftig schon überlegen müsse, ob man eine Plattenbauschule auf dem Land luxussaniert – so der Ministerpräsident – oder lieber Altenheime finanziert. Solche Aussagen zeigen, wie Sie mit Ihrer Politik die Lehrer, wie Sie mit Ihrer Politik die Eltern und die Schüler in unserem Land verunsichern, und sie zei-

(Abg. Tischner)

gen, was Ihnen die kleinen Schulen und der ländliche Raum in Thüringen wirklich wert sind.

(Beifall CDU)

Wir fordern Sie jetzt zur Umkehr bei dieser Politik auf. Jetzt komme ich zu einem vierten Beispiel – ich könnte viele bringen, 27, nein 26 stand heute irgendwo –: im Bereich der Hortbetreuung haben Sie ebenfalls ein unnötiges Chaos verursacht. Aus rein ideologischen Gründen – für Herrn Wolf ist das ein innerer Parteitag, dass das passiert ist – haben Sie das erfolgreiche Hortmodell beendet,

(Beifall CDU)

auch wenn die Regierung Ramelow dies jetzt einmal mehr den Kommunen in die Schuhe schieben will. In der Praxis haben fast alle Beschäftigten infolge Ihres Handelns Gehaltseinbußen und die rechtliche Bewertung des Betriebsübergangs ist noch immer nicht geklärt und noch immer sind Sie auch dem Bildungsausschuss die Antwort auf die Bewertung der Aussagen des Rechnungshofs schuldig.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das ist falsch!)

Sie freuen sich über 90 Prozent Angebotsannahme der Kolleginnen und Kollegen und verdrängen, dass die Kollegen gar keine Alternative hatten. Wollten Sie sie auf die Straße schicken oder auf das Arbeitsamt? All diese Dinge stehen im Raum.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Jahresverträge! Das müssen Sie sich einmal überlegen!)

Sie versuchen den Menschen zu verkaufen, die Angestellten bei den Kommunen hatten reihum prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Alle hatten stets eine sichere berufliche Perspektive, egal wie die Entscheidung zum Hortmodell ausgefallen wäre, weil wir die Kollegen, egal wie es gelaufen wäre, gebraucht hätten. Sie wissen auch, dass gar nicht alle befristet angestellt waren.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Warum wurden die Arbeitsverträge dann nicht entfristet?)

Stattdessen haben Sie in vielen Horten massive personelle Engpässe geschaffen. Frau Skibbe, Sie brauchen sich nur in Ihrem Wahlkreis, nein, einen Wahlkreis haben Sie ja nicht, aber in Ihrem Landkreis einmal umhören, wie die Engpässe aktuell sind. Sie haben personelle Engpässe geschaffen und die ganz vielen, wunderbar laufenden, erfolgreichen Kooperationen hängen immer noch in der Luft. Und die Sauerei ist, auch ein Hinweis für die Gewerkschaften, die Horte im Landesdienst sind von diesen zusätzlichen Angeboten aktuell sogar ausgenommen. Die können eventuell, wenn das

kommen sollte, gar nicht darauf zugreifen. In Wahrheit läuft die ganze Abwicklung des erfolgreichen Hortmodells doch nur einigermaßen vernünftig, weil die Kommunen, die Sie jetzt beschimpfen, sich im Interesse der Beschäftigten mehr als pragmatisch und kooperativ gezeigt haben. Genau das, was sich viele vom Bildungsministerium gern wünschen. Wir fordern Sie auf: Korrigieren Sie Ihre Entscheidungen beim Hort! Sorgen Sie vor allem für inhaltlich und personell erfolgreiche Bedingungen! Und hören Sie auf, die Planspiele zur gebundenen Ganztagschule zu betreiben!

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die Thüringer Schulen in staatlicher Trägerschaft stehen vor einem der größten Generationswechsel der letzten Jahre. Eine kürzlich gestellte Kleine Anfrage von Frau Rothe-Beinlich, vor einem Jahr standen dieselben Zahlen in einer Kleinen Anfrage von mir – die Zahlen sind nicht vernünftig, aber gleich geblieben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vor wenigen Jahren waren Sie noch gar nicht im Landtag!)

Wenigstens in der Hinsicht ist das Ministerium verlässlich. 2016/2017 gehen 750 Kollegen in Ruhestand. Dieses Jahr planen Sie 500 einzustellen, okay. Nein, okay ist es auch nicht. 2017/2018 gehen 940 Kollegen in den Ruhestand. 2018/2019, im Wahljahr, gehen 967 Kollegen in den Ruhestand. 2019/2020 gehen 1.030 Kollegen in den Ruhestand und 2020/2021 gehen 1.004 Kollegen in den Ruhestand. Das sind 4.691 Kollegen von 17.348. 27 Prozent aller Thüringer Lehrer gehen in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber nicht erst seit vorgestern bekannt!)

Das ist unsere Hauptaufgabe, die wir in dieser Wahlperiode haben und außerdem natürlich auch die Bildung der zu uns gekommenen Flüchtlingskinder und die spezifische Förderung von Kindern mit Förderbedarf. Angesichts dieser Aufgaben erscheint es wenig sinnvoll, den Thüringer Schulen, Lehrern und Eltern jetzt eine zusätzliche Schulgesetzdebatte aufzuzwingen. Meine Damen und Herren, und weil Frau Rosin und Herr Wolf in seltener Einigkeit heute ergänzt auch um die AfD immer betonen, wie wenig Lehrer in den vergangenen Jahrzehnten eingestellt wurden. Erstens, Frau Rosin, war es Ihr Bildungsminister, der wie kein anderer in der letzten Landesregierung zusätzlich Geld für seinen Bereich erhalten hat. Was damit passiert ist, haben wir uns in den Schulen damals oft gefragt. Zweitens, Herr Wolf, Sie sollten doch aus Ihrer früheren Tätigkeit als Gewerkschafter genau wissen, wie sich die Schüler- und Lehrerzahlen in den Jahren nach der Wiedervereinigung entwickelt haben.

(Abg. Tischner)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Da haben Sie aber nicht zugehört!)

Gut, Sie haben nie an einer Schule gearbeitet. Sie haben vielleicht nicht gesehen, dass sich das bei den Schülern nahezu halbiert hat und bei den Lehrern ja gleich geblieben ist. Aber Ihnen dürfte nicht entgangen sein, dass es damals einen erheblichen Abfall in den Schülerzahlen gab. Anders als übrigens in der Gegenwart, wo Sie Verantwortung tragen; derzeit steigen die Schülerzahlen.

Die Bildungspolitik hatte damals, Frau Rothe-Beinlich, zwei Möglichkeiten, um auf diesen Überhang von Unterrichtsstunden zu reagieren. Der erste – den favorisieren Linke, Grüne, SPD wahrscheinlich –: Man hätte Tausende Kollegen entlassen können, so wie das in anderen Bundesländern leider passiert ist.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Als ob wir entlassen würden, das ist eine Frechheit!)

Was wollen Sie jetzt? Na klar, das ist doch Ihr Vorschlag. Das wäre die Alternative. Wir hatten zwei Alternativen. Man hätte Tausende Kollegen – Frau Abgeordnete, Sie können sich ja gern dort hoch setzen, da können Sie auch dazwischenrufen. Man hätte erstens Tausende Kollegen entlassen können oder zweitens: Man findet eine Möglichkeit, um die Herausforderungen der fehlenden Wochenstunden möglichst gleich zu verteilen und Kündigungen zu vermeiden. Dass das Floating und die Teilzeitverbeamtung nicht preisverdächtig waren, haben alle Bildungspolitiker immer gewusst und immer gesagt. Aber wir haben verhindert, zeitweise – Frau Taubert will davon wahrscheinlich nichts mehr wissen – haben wir sogar gemeinsam mit den Sozialdemokraten verhindert, dass Tausende Lehrer in Thüringen auf das Arbeitsamt gehen mussten. Und natürlich führt dies leider dazu, dass so ein hoher Altersdurchschnitt aufgebaut wurde. Aber ich finde: Lieber eine gesicherte berufliche Perspektive für die verdienten Lehrer auch aus DDR-Zeiten, die im System waren, als Existenzängste und Arbeitslosigkeit in den 90er-Jahren, wo das eben die Riesenherausforderungen waren und wo nicht zuletzt damals auch die PDS richtig von dieser Klientel profitiert hat. Vielleicht wollten Sie damals Missionärsklientel haben, deswegen ist das jetzt Ihre nachträgliche Forderung.

Leider hat das Urteil zur Vollzeitverbeamtung auch seine Schattenseiten. Klar haben sich damals Tausende von Lehrern gefreut – ungefähr 500 Euro im Monat, wer schlägt das aus? So hatte Thüringen aber 2008 schlagartig 1.500 Lehrer zusätzlich bei sinkenden Schülerzahlen. Die Schattenseite: Es gab eben auch damals Hunderte von Referendaren und einige ganz wenige befristet eingestellte junge Kollegen, die seit circa 2010 bis 2013 kaum berufliche Perspektiven im Thüringer Schuldienst beka-

men und uns häufig verloren gegangen sind. Sie haben letzte Woche so ein Beispiel in der Zeitung lesen können, ich könnte Ihnen auch ganz persönlich Geschichten erzählen und ich glaube, fast jeder von uns kennt solche Beispiele.

Doch das Floating und die Teilzeitverbeamtung haben dazu geführt – als in der Hausleitung noch gemeinsam in die Zukunft gedacht wurde –, dass dieser große, sich deutlich abzeichnende Generationswechsel frühzeitig mit entsprechenden Strategien angegangen wurde. Deswegen wurden eben seit 2006 – und jetzt können die Linken gerne noch mal schön zuhören, das mögen sie nicht so gerne, wenn sie mit der Wahrheit konfrontiert werden – stetig die Referendarzahlen in Thüringen erhöht, bis sie dann 2015 durch eine linke Hausleitung abgebrochen wurden. Deswegen wurden die unbefristeten Einstellungen stetig auf 500 erhöht, bis dies 2015 durch eine linke Hausleitung aufgegeben wurde. Wo aber Stellen stetig erhöht werden, das ist im Leitungsbereich des Ministeriums: neuer Büroleiter, neuer Pressesprecher, zusätzlicher Pressereferent – in der Ausschreibung steht, man höre genau zu: „mit Humor“, kann ich verstehen. Aber der Hammer ist: auch eine zusätzliche Stelle mit dem Aufgabefeld „Trainer, Coach für die Staatssekretäre“.

(Beifall CDU)

Und heute hört man ja jetzt ganz aktuell, dass scheinbar wieder personelle Umbrüche im Büro der Ministerin zu verzeichnen sind. Man kann es nicht verübeln, wenn da jemand die Handtücher hinwirft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierungsfractionen bejubeln sich für circa 470/480 Ersatzeinstellungen. Ja, das ist nötig und das ist gut so. Aber Sie wissen doch genau, wer diesen Korridor vorbereitet hat. Ihr Versagen liegt darin, dass Sie sich auf den Vorarbeiten der letzten Landesregierung, damals unter Minister Matschie, ausruhen. Sie ruhen sich darauf aus und drehen sogar getroffene Entscheidungen für mehr Einstellungen in den Thüringer Schuldienst zurück, wie das Beispiel der Referendare zeigt. Seit Längerem sagen wir Ihnen: Sie müssen die Einstellungsbedingungen für neue Lehrer deutlich verbessern und Sie müssen viel früher mit den Einstellungsverfahren beginnen. Thüringen kann es sich nicht leisten, weiterhin gute junge Lehrer in andere Länder abwandern zu lassen, nur weil sie aus anderen Ländern bereits mehrere Zusagen bekommen haben, bevor in Thüringen das Bewerbungsverfahren überhaupt begonnen hat. Wenn Sachsen nun die Rückkehr zur Verbeamtung erwägt – und das einzige Allheilmittel der SPD liegt ja aktuell auch in der Verbeamtung, interessant – und gleichzeitig in Sachsen Regelschullehrer zwei Gehaltsklassen über Thüringen eingestuft werden, wird das den Lehrermangel in Thüringen in nächster Zeit weiter verschärfen. Da hilft es auch nicht, sich jammernd an

(Abg. Tischner)

den Tisch der Kultusministerkonferenz setzen zu wollen und die Attraktivität anderer Länder zu beklagen, was aktuell scheinbar die Strategie der Hausleitung ist.

(Beifall CDU)

Dass die Einstellungsbedingungen schlecht sind, hat nun endlich auch Herr Wolf erkannt; vorige Woche ein großes Interview in der OTZ – okay. Allerdings, Herr Wolf, für jemanden wie Sie als maßgeblichen Bildungspolitiker in der Regierung Ramelow mit Standleitung in das Büro der Ministerin oder der Staatssekretärin – je nachdem – ist es etwas dünn, einfach nur Interviews zu geben. Wir warten eben auf Ihre Anträge, auf Ihre Vorschläge, aber da kommt nichts hier im Parlament an. Es zeigt sich eher, dass Sie Ihre Arbeit hier nicht wahrnehmen und dass unsere Sondersitzung heute einmal mehr wirkt, denn Sie greifen unsere Vorschläge auf, diskutieren sie und hoffentlich überweisen Sie sie mit uns dann auch gleich an den Ausschuss. Und dass Sie uns des Öfteren in den letzten zwei Jahren hinterhergeeilt sind, zeigt doch die Tatsache, wie Sie mit unseren Anträgen aus dem Bildungsbereich umgehen. Ich sage nur, wo wir Ihnen vorneweg gelaufen sind und Sie uns hinterher gelaufen sind, ein paar Beispiele: Freie Schulen – wir hatten ein Gesetz dazu –,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was, ihr habt die kaputtgespart?)

Azubiticket, Schulleiter, Kindertagespflege, das Thema „Beschulung von Flüchtlingen“ –

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schule für Flüchtlinge? Ihre Landräte wollen die doch alle rausschmeißen!)

alles Anträge, die wir in das Parlament eingebracht haben, wo Sie dann nervös geworden sind und immer noch nervös werden, weil wir für Sie die Arbeit machen, Ihnen die Vorschläge liefern und Ihnen nichts Besseres einfällt, Herr Adams, als in der Opposition einfach zu schreien: Nein, das wollen wir nicht!

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist unverschämt, was Sie hier für ein Zeug erzählen!)

Meine Damen und Herren, wir können sagen: Grün wirkt ...

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– ja, Grün wirkt, schön wär's –, Grün wirkt jedenfalls bei manchen Sachen etwas schlecht, wenn man so an die aktuellen Beispiele denkt. Schwarz wirkt! Ich komme deswegen darauf, weil ihr da mal so einen vernünftigen Spruch hattet, vielleicht klappt es ja auch mal irgendwann, na ja.

Dann aber muss Thüringen dringend die Ausbildungsplatzkapazitäten an den Studienseminaren erhöhen. Das ist ein ganz wichtiger Vorschlag – ich habe das jetzt schon zweimal so leicht angedeutet, mir liegt das wirklich sehr am Herzen. Sie haben dafür gesorgt, dass die Referendarzahlen von eigentlich 600 im letzten Jahr auf 500 reduziert werden. Sich dann hier hinzustellen ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, wie schade!)

Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, es wird nichts gemacht, das ist verkehrt. Wir haben heute hier 18 Forderungen vorgeschlagen. Wir würden diese Forderungen gern mit Ihnen im Bildungsausschuss weiter diskutieren, weil wir uns um unser Land sorgen und vor allem, weil wir in Thüringen eine gute und erfolgreiche Schulqualität erhalten wollen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Tischner, Ihre Redezeit ist sogar um 30 Sekunden aufgestockt worden, weil die Ministerin länger geredet hat. Ich will nur darauf aufmerksam machen. Es gibt eine weitere Wortmeldung der Abgeordneten Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, auch wenn es jetzt schon spät am Nachmittag ist, möchte ich zu Beginn auch noch allen Schülerinnen und Schülern, allen Lehrerinnen und Lehrern, allen Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Schulsozialarbeiterinnen, allen an Schulen Tätigen einen guten Start in das neue Schuljahr wünschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem, wie Mike Mohring diesen Tagesordnungspunkt für die CDU eröffnet hat, werde auch ich etwas anders beginnen müssen, als ich mir das eigentlich vorgestellt habe. Herr Mohring wirft einem Minister Schummelei vor, hat die Backen groß aufgeblasen

(Unruhe CDU)

(Abg. Rothe-Beinlich)

und hat auch behauptet, es wäre am Handeln des Ministers, der als Vater in einer Privatangelegenheit gehandelt hat, vieles gesetzlich falsch gewesen.

(Unruhe CDU)

Herr Mohring, wie Sie sich hier vorn gebärdet haben: Es war und ist schlicht und allein schäbig, auf dem Rücken eines Kindes Politik zu machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben diese Sondersitzung missbraucht, um jemanden vorzuführen, dessen Schmähung Sie offenkundig nicht verkräften konnten, die vor über zwei Jahren passiert ist. Das hat sich sehr deutlich gezeigt, als Sie eben den Brief aus der sogenannten Zimmermann-Affäre zitiert haben. Aber ich will durchaus etwas zu diesem Fall sagen, denn, Herr Mohring, auch ich habe Kinder. Und ich kenne keine Eltern, seien sie Politikerinnen, Ärztinnen, Krankenschwestern, Kfz-Schlosser, Briefträger – ich kenne kein Elternteil, welches, nachdem es einen rechtsgültigen Bescheid von einem Schulamt bekommen hat und welches drei Tage vor der Zeugnisausgabe erfährt, dass das Zeugnis für das Kind entgegen dem bis dahin vorliegenden Bescheid nicht ausgehändigt wird, und erfährt, dass dafür eine Entscheidung aus dem Ministerium ursächlich sei, nicht eben bei diesem Ministerium nachfragt. Das ist völlig normal, dass Eltern sich darum kümmern, was ihren Kindern widerfährt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig normal, dass Eltern nachfragen. Auch Justizminister sind mitunter Väter und Dieter Lauinger hat an dieser Stelle auch nur als Vater gehandelt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Unruhe CDU)

Dann sagen Sie uns doch, Herr Mohring, wenn Sie die Backen so aufgeblasen und die Lippen so toll gespitzt haben, was am Handeln dieses Vaters gesetzlich falsch war. Er hat eine Ausnahmegenehmigung beantragt, er hat sie bekommen ohne Ansehen der Person – und das ist auch richtig so – und er hat nachgefragt, als es plötzlich alles anders kam, als er bis dahin glaubte, nachdem ihm die entsprechende Genehmigung aus dem Schulamt vorlag. Und auch Herr Busch vom Thüringer Lehrerverband, der Sie sich sehr laut und sehr deutlich in der Presse geäußert haben, alle Eltern sollen sich jetzt beim Ministerium melden, wenn sie ein Problem haben – ja, was denken Sie denn, was die Eltern bis jetzt gemacht haben? Was glauben Sie denn, wie viele Hundert Anfragen, Problembeschreibungen bei den Ministerien schon angekommen sind?

(Unruhe CDU, AfD)

Ich weiß ja nicht, ob sich niemand mehr an Sie von der CDU wendet. Das kann ja sein. An uns wird sich gewandt. Auf meinem Schreibtisch stapeln sich die Brief von Einzelfällen. Fragen Sie mal Ihre Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss. Das sind alles Einzelfälle, die da vorgetragen werden. Und das ist auch richtig so in einem Rechtsstaat, dass man nachfragt, wenn man sich ungerrecht behandelt fühlt oder wenn man meint, etwas nachfragen zu müssen. Da müssen Sie vielleicht auch noch den Begriff „Rechtsstaat“ lernen.

(Zwischenruf Abg. Bühl, CDU: Wird denen geholfen?)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Nein, sie werden doch meistens abgelehnt!)

Und, Herr Mohring, weil Sie behauptet haben, der Minister hätte falsch zitiert, und sich dann hier vorn hinstellen und den Punkt 13 in der Durchführungsbestimmung zur Thüringer Oberstufe zitieren, aber nur den Punkt 3 des Punkts 13, werde ich Ihnen jetzt den Punkt 13 in Gänze verlesen, denn dann bricht auch dieses Kartenhaus, was Sie hier aufgestellt haben, in sich zusammen. Dann hören Sie genau zu, da heißt es – ich zitiere –: „Auslandsaufenthalte können bis zur Dauer eines ganzen Schuljahres genehmigt werden.“ Meine Anmerkung dazu: „Bis zur Dauer“ heißt auch „weniger als ein ganzes Schuljahr“, Herr Mohring. Das ist der Absatz 1 und der geht folgendermaßen weiter: „Der Schüler ist verpflichtet, während dieser Zeit eine Schule im Ausland zu besuchen. Der Schulbesuch ist nach Rückkehr nachzuweisen. Der Schüler besucht nach Rückkehr die Klassenstufe, in die er vor dem Auslandsaufenthalt versetzt worden ist. Findet der ganzjährige Auslandsaufenthalt während des Besuchs der Oberstufe statt, erfolgt keine Anrechnung der Zeit des Auslandsaufenthalts auf die Höchstverweildauer in der Thüringer Oberstufe.“ Ja, man muss umfänglich zitieren, denn es gibt auch noch einen Punkt 2, auch den werde ich jetzt noch verlesen, denn auch den haben Sie nicht vorgetragen: „Abweichend kann auf Antrag der Eltern bzw. des volljährigen Schülers der Schulleiter nach Anhörung der Klassenkonferenz vor Antritt des Auslandsaufenthalts außer in der Qualifikationsphase der Thüringer Oberstufe beschließen, dass dem Schüler die Möglichkeit eingeräumt wird, nach Rückkehr aus dem Ausland seine Schullaufbahn in der nächst höheren Klassenstufe fortzusetzen. Die Möglichkeit zum Vorrücken kann eingeräumt werden, wenn auf der Grundlage der bisher gezeigten Leistungen zu erwarten ist, dass der Schüler erfolgreich am Unterricht teilnehmen kann.“ Und dieser Absatz geht auch noch weiter, das haben Sie vorhin sehr gut wissend weggelassen und auch das halte ich nicht für redlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Rothe-Beinlich)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt lassen Sie mich zum Antrag zum Sonderplenum kommen, den die CDU hier eigentlich eingereicht hat, auch wenn bislang etwas ganz anderes die Debatte dominiert hat. Und es ist ein Schelm – glaube ich –, der an Zufall denkt, dass ausgerechnet heute diese Meldungen auch noch die Runde gemacht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da bleibt nicht nur ein derber Beigeschmack. Das müssen Sie von der CDU sich jetzt so sagen lassen, ansonsten hätte sich Herr Mohring hier vorhin nicht so aufführen dürfen.

(Zwischenruf Abg. Bühl, CDU: Das ist eine Unterstellung gegenüber der Presse!)

(Unruhe CDU)

Meine Kollegin Rosin hat dankenswerterweise sehr sachlich schon vieles dargestellt, denn es ist in der Tat so – und auch Torsten Wolf hat es hier ausgeführt –, dass wir im Bildungsausschuss eigentlich alle der 18 Punkte, die Sie aufgeführt haben, schon beraten haben. Die 18 Forderungen, die Sie in Ihrem Antrag formulieren, waren bereits Thema im Ausschuss. Aber selbstverständlich möchte auch ich noch einmal auf einige Punkte eingehen, zumal tatsächlich noch nicht alle hier genannt wurden. Sie lehnen also Mindestgrößen für Schulen ab. Das ist ein heikles Thema. Das wissen auch alle, die von Schulplanung sprechen, denn wenn man von Mindestgrößen spricht, wissen wir auch, dass es bei der kommunalen Schulnetzplanung Einschränkungen gibt. Ein heißes Eisen, das will fast niemand anfassen. Aber was machen wir dann, wenn wir zukunftsfähig planen sollen? Wir müssen zumindest darüber reden. Als Grüne erkennen wir ganz deutlich, dass es in anderen Bundesländern bei der Schulnetzplanung viel mehr Vorgaben gibt als in Thüringen. Das ist ein Fakt. Auch räumen wir ein, dass wir wissen, dass Thüringen bundesweit im Vergleich die niedrigste Schüler-Lehrer-Relation aufweist, was vor allem eines ist, nämlich teuer. Teuer für die Schulträger, die kleine Schulen vorhalten, und auch teuer für das Land, weil damit der Personaleinsatz erhöht wird. Ich will das einfach nur benennen. Das ist ein Fakt, der vielleicht nicht schön ist, aber man muss ihn einfach mal zur Kenntnis nehmen. Wir meinen jedenfalls, dass es in absehbarer Zeit eine ernsthafte Diskussion darüber braucht, welche konkreten Rahmenbedingungen die kommunale Schulnetzplanung zukünftig braucht. Da geht es nicht um Gängelung der Kommunen – ich bin auch Stadträtin, ich weiß sehr genau, wovon ich spreche – oder um Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. Es geht darum, Kommunen zu unterstützen, tatsächlich zukunftsfähige Schulstrukturen aufzubauen. Daran werden wir nicht vorbeikommen. Allerdings werden auch wir sehr genau darauf achten, dass insbesondere

der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ – wir wissen, da geht es um die Grundschulen – leitend sein muss. Das heißt allerdings nicht, das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit, dass jede einzügige Schule weiterhin aufrechterhalten werden kann. Wer das behauptet, handelt wirklich unredlich, streut den Menschen Sand in die Augen und stellt sich eben nicht der Verantwortung. Sie haben jahrelang die Augen zugemacht und jetzt haben wir die Strukturen, wie sie nun sind.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Sie wollen zentralisieren!)

Jetzt komme ich zu dem Punkt der Ablehnung der Integration des Förderschulgesetzes in das Schulgesetz. Da haben Sie vorn am Pult wahrlich Kapriolen gedreht, Herr Tischner. Sie haben gesagt, wir haben so schwierige Einstellungsbedingungen, gerade was die Lehrerinnen und Lehrer angeht, deswegen könnten wir den Eltern jetzt nicht auch noch eine Schulgesetzdebatte aufzwingen. Es geht nicht um das Aufzwingen einer Schulgesetzdebatte, es geht um etwas ganz anderes. Wir alle kennen die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Es ist schon von Herrn Wolf und Frau Rosin ausgeführt worden, wir haben hier im letzten Thüringer Landtag gemeinsam – alle fünf Fraktionen: die FDP, die CDU, die SPD, die Grünen und die Linken – einen Antrag verabschiedet, der genau das gesagt hat, nämlich dass wir uns auf den Weg für ein integratives Schulgesetz begeben wollen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das Thüringer Schulgesetz erfüllt die Anforderungen der UN-Konvention!)

Man merkt doch ganz deutlich, Herr Emde, Ihnen geht es überhaupt nicht um Inhalte, Ihnen geht es nur darum, Stimmung zu machen. Das machen Sie jetzt schon wieder.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Integration des Förderschulgesetzes in das Schulgesetz sagt an und für sich nämlich noch gar nichts aus. Das ist zunächst einmal eine Rechtstechnik. Da geht es schlichtweg darum, dass die Regelungen des Förderschulgesetzes beispielsweise in das Schulgesetz integriert werden. Da will niemand irgendwas zumachen, sondern wir wollen etwas zusammenführen, was bis jetzt eine zersplitterte Gesetzgebung ist, was wir auch immer wieder kritisiert haben. Da danke ich auch der Ministerin noch einmal für ihre klaren Worte vorhin in ihrem Sofortbericht.

Zudem müssen wir sagen, dass entscheidend ist, welche konkreten Änderungen es geben wird. Die liegen noch gar nicht vor, denn den Gesetzentwurf gibt es noch nicht. Die CDU führt also mal wieder eine reine Phantomdebatte. Was es gibt, sind ledig-

(Abg. Rothe-Beinlich)

lich Eckpunkte und Überlegungen. Die CDU will, dass alles so bleibt, wie es ist und sich die CDU als Inklusionsgegner in Szene setzen kann. Wir dagegen stehen zu unserem Koalitionsvertrag. Wir stehen dazu, dass wir auch die Barrieren in den Köpfen – Frau Ministerin sprach vorhin davon – beseitigen müssen, denn die sind es ganz oft, die Integration, Inklusion mitunter verunmöglichen, weil sich viele Menschen bestimmte Dinge nicht vorstellen können.

Es gibt ja so einen schönen Spruch: Stell dir vor, alle sagen, das geht nicht, und dann kam jemand, der wusste das nicht, und hat es einfach gemacht. Genau das erleben wir an vielen Schulen, dass sie es einfach machen, dass sie es leben und dass Inklusion sehr wohl und sehr gut gelingen kann. Natürlich braucht es dafür die sächlichen und auch die personellen Voraussetzungen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir genau diese Rahmenbedingungen verbessern wollen und natürlich auch Entwicklungsperspektiven für die Förderschulen beschreiben. Das ist auch etwas, das Sie von der CDU immer ungern hören wollen. Das haben Sie in der letzten Legislatur verunmöglicht. Da gab es keine Chance für die Förderschulen, beispielsweise inklusive Schule oder Gemeinschaftsschule zu werden. Es gab keine Entwicklungsmöglichkeiten. Das werden wir ändern und das ist auch gut so.

Im Übrigen entscheidet immer noch der Landtag über Gesetze. Die Aufforderung an die Landesregierung, eine Gesetzesänderung nicht weiterzuverfolgen oder ein Gesetz nicht zu ändern oder in eine bestimmte Richtung zu ändern, geht einfach an die falsche Adresse. Auch das macht immer mal wieder deutlich, dass die CDU ihre Oppositionsrolle offenkundig doch noch nicht so ganz gefunden hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zu den personalpolitischen Forderungen der CDU: Ich muss noch einmal die Zahl nennen, wie viele Neueinstellungen es mit der CDU jemals gegeben hat: Das waren neun Neueinstellungen. Wir kennen alle die problematische Situation mit dem Floating, die hat ja auch Herr Tischner versucht, noch einmal zu beschreiben. All das kann aber nicht über die Alterspyramide, so wie sie sich jetzt darstellt und die in unseren Schulen nicht vom Himmel gefallen ist, hinwegtäuschen. Wir wussten auch vor zehn oder 15 Jahren schon, wann die Lehrerinnen und Lehrer sozusagen aus dem Schuldienst ausscheiden. Jetzt sagt die CDU, sie fordert bessere Einstellungsbedingungen und frühere Einstellungsverfahren, eine Erhöhung der Ausbildungska-

pazitäten, mehr Beförderungen etc. Das sind sicher alles diskussionswürdige Themen. Man muss sich nur fragen, warum Sie so etwas nie selbst angegangen sind und es in einem solchen Schaufensterantrag platzieren. Das beweist leider, dass es der CDU weniger darum geht, ernsthaft über eine bessere Personalpolitik im Schulbereich zu diskutieren als darüber hier einmal mehr zu skandalisieren.

Auch wir sehen übrigens deutliche Handlungsbedarfe im schulischen Personalbereich. Ich habe mich ja gefreut, wie häufig hier schon meine Anfragen zitiert wurden, die die Fakten ganz deutlich darlegen

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Arbeit lohnt sich!)

– ja, gute Arbeit lohnt sich, dann haben zumindest alle die Zahlen, da kennen alle die Durchschnittsalter, den Krankenstand, den Unterrichtsausfall, die Mangelfächer, die fachfremde Besetzung. Deswegen braucht es ganz dringend – das sage ich auch immer wieder – ein neues Personalentwicklungskonzept Schule. Und hier sehen wir, da ist tatsächlich das Bildungsministerium gefordert, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Verbänden zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten. Dafür müssen dann natürlich auch durch die Finanzministerin ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Jetzt mal zu der Anzahl der Neueinstellungen: Ich erinnere mich nur zu gut, lieber Herr Emde, an Ihren letzten Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot, die schwarzrote Herzkammer, die ja heute auch schon bemüht wurde. In diesem Koalitionsvertrag stand auch: 2.500 Neueinstellungen in der letzten Legislatur. Und Sie haben uns hier wortreich fünf Jahre lang dargelegt, dass diese 2.500 überhaupt nicht gebraucht werden, viel zu hoch geplant worden wären. Und jetzt stellen Sie sich ernsthaft hier vorn hin und sagen: Huch, die 500, die ihr pro Jahr einstellt, sind ja viel zu wenig, wir brauchen sehr viel mehr und – ach Gott – es scheiden ja tatsächlich sehr viel mehr Hunderte Lehrerinnen und Lehrer aus, als wir wieder einstellen. Ich kann nur sagen: Wie janusköpfig ist das denn? Sie wollten es nicht wissen, Sie wollten es nicht sehen und stellen sich jetzt hier hin, als hätten Sie es eben erst bemerkt.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sie wollen doch jetzt wohl nicht etwa Stimmung machen?)

Wir haben jedenfalls die Neueinstellungen erhöht. Es waren 600 in 2016, es werden 700 in 2017 sein. Bei den jährlichen Einstellungskorridoren – das sage ich auch ganz offen – der kommenden Jahre werden wir nachsteuern müssen und die im Koalitionsvertrag festgelegten 500 Neueinstellungen pro Jahr reichen absehbar nicht aus. Das wissen wir auch, wir konnten das ja auch heute in einem Inter-

(Abg. Rothe-Beinlich)

view mit Susanne Hennig-Wellsow nachlesen. Da bin ich ganz bei ihr, wir werden gemeinsam darüber reden müssen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich auch nicht um einen durchaus strittigen Punkt innerhalb unserer Koalitionsfraktionen drücken, nämlich die Frage der Verbeamtung. Über diese werden wir selbstverständlich reden müssen, keine Frage. Wir haben dafür im Koalitionsvertrag einen Prüfauftrag vorgesehen. Wir als Grüne sind jedenfalls skeptisch, denn ein Allheilmittel – das wissen eigentlich auch alle – ist die Verbeamtung mitnichten. Wir müssen vor allem auch über die Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen sprechen, das hatte auch die Frau Ministerin vorhin in ihrem Bericht angesprochen, beispielsweise in den naturwissenschaftlichen Fächern, in denen es sehr schwer ist, Lehrkräfte zu finden. Wir müssen aber auch, wenn wir über Verbeamtung reden, ganz genau hinschauen, was das an sonstigen Kosten mit sich bringt. Das wird hohe Pensionslasten mit sich bringen, da werden wir Rückstellungen bereitstellen müssen, wenn es dazu käme. Wir jedenfalls meinen, dass es ganz sicherlich nicht nur die Verbeamtung ist, sondern es gehört sehr viel mehr dazu, Lehrerinnen und Lehrern Lust auf Thüringen zu machen und ihnen zu sagen: Hier findet ihr eine Perspektive, hier werdet ihr dauerhaft gebraucht.

Jetzt zur Problematik der Klassenfahrten, die ja auch immer wieder gerne angesprochen wird. Die CDU suggeriert gerade, es gäbe keine ausreichenden Mittel für außerschulische Lernangebote, es gäbe eine Unterfinanzierung der Schulen bei den Klassenfahrten und es fehle an einer Absicherung von Arbeitsgemeinschaften. Wenn man sich das genau anschaut, bleibt von dem Getöse allerdings nicht viel übrig, denn viele von Ihren Behauptungen treffen schlichtweg nicht zu. Die Mittel für die Lehrer-Reisekosten: Auch das war schon Thema, ich meine, Frau Dr. Klaubert hat das sehr ausführlich ausgeführt. Wir alle wissen um die Debatten in der letzten Legislatur, dass Lehrerinnen und Lehrer erst noch Geld mitbringen mussten, um überhaupt auf Klassenfahrt zu gehen. Das haben wir geändert und dafür endlich Lösungen auf den Weg gebracht. Auch die Mittel für die Reisekosten für Maßnahmen im Rahmen von Lernen am anderen Ort und Klassenfahrten sind unverändert im Landeshaushalt enthalten. Da werden wir uns dann genau anschauen müssen, wie viele Anträge es gegeben hat, wie viele bewilligt wurden.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: So ein Quatsch! So ein Quatsch!)

Das ist kein Quatsch, das ist Realität, lieber Herr Tischner. Sie haben keinen einzigen Antrag zum Haushalt zuwege gebracht, das müssten Sie sich

immer mal wieder klarmachen, auch und gerade beim Bildungshaushalt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei der personellen Absicherung von Arbeitsgemeinschaften gibt es keinerlei Einschränkungen. Die Kooperation der Grundschulhorte im Ganzttag mit Vereinen und Projekten wird es weiterhin geben. Das Ministerium hat bereits zugesagt, dass den Schulhorten dieselben Mittel wie im Vorjahr zur Verfügung stehen werden, das sind über 800.000 Euro. Auch die Betreuungsschlüssel an den Horten sind im Rahmen der Übertragung des Hortpersonals von den Kommunen zum Land – wie gesagt – in jetzt unbefristete Beschäftigungsverhältnisse unverändert geblieben. Herr Tischner hat vorhin gelobt, dass das Floating-Modell damals gemacht werden musste, um den Lehrerinnen und Lehrern eine Perspektive zu geben. Wir haben den Erzieherinnen und Erziehern der Horte endlich eine Perspektive gegeben, und zwar unbefristet beim Land.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

94 Prozent haben das auch gern mitgemacht. Und wir sind uns sehr sicher, dass auch die wenigen freigewordenen Stellen zügig nachbesetzt werden. Auch die vermeintlichen Bestrebungen, die Sie von der CDU ausgemacht haben wollen, die Horte und Grundschulen verpflichtend zu geschlossenen Ganzttagsschulen umzubauen, gibt es nicht. Das ist schlichtweg etwas, das Sie als Schreckgespenst an die Wand malen. Niemand will das. Wir wollen Angebote machen, die wahrgenommen werden können, aber niemand muss. Unser erklärtes Ziel ist es vielmehr, dass wir die Grundschulen zu wirklichen Ganzttagsschulen weiterentwickeln. Das heißt, dort wo es von Eltern, Lehrkräften und Kommunen gewünscht ist, soll verstärkt rhythmisiert, also in einer Verschränkung von Unterricht- und Freizeitphasen gearbeitet werden.

Nun zu den Spezialgymnasien: Sie sind ganz wichtige Bausteine in der Thüringer Bildungslandschaft und wir als drei Koalitionsfraktionen haben uns vehement dafür eingesetzt, dass die Erhöhung der Gebühren für die Unterbringung in den Internaten und Spezialgymnasien teilweise zurückgenommen wurde und gemeinsam mit den anderen Landtagsfraktionen eine moderate Gebührenerhöhung auf den Weg gebracht. Es gibt nun eine andere soziale Staffelung. Auch die werden wir uns in ihrer praktischen Wirkung genau anschauen müssen, das haben wir auch in der Anhörung zugesagt, die hier im Ausschuss stattgefunden hat. Bereits jetzt enthält übrigens § 25 des Thüringer Schulgesetzes die Formulierung, dass jeder Schüler das Recht hat, eine seiner Befähigung und Leistung entsprechende schulische Bildung und Förderung zu erhalten und

(Abg. Rothe-Beinlich)

dass außergewöhnliche Begabungen in besonderer Weise gefördert werden. Und dazu stehen wir selbstverständlich auch als rot-rot-grüne Koalition. Da braucht es keine Aufforderung durch den Antrag der CDU, dass wir leistungsstarke Schülerinnen zu fördern haben. Wir sind uns sicher, dass es den Schulen gelingt, diese Aufgabe gut umzusetzen und Verbesserungen sind selbstverständlich immer möglich.

Abschließend will ich noch einmal zusammenfassen: Ihr Antrag ist aus den vorgenannten Gründen nicht zustimmungsfähig. Da teile ich die Einschätzung von meinen Kollegen Wolf und auch Rosin. Im Ausschuss hatten wir das im Übrigen auch alles schon vielfach. Der Antrag ist durch ideologische Elemente geprägt. Die CDU nimmt die Schulpolitik in Thüringen offenkundig nicht wirklich ernst. Das mussten wir heute hier erleben, indem sie Schulpolitik im Landtag nur aus dem Grund heraus betreibt, um pünktlich zum Schulbeginn Stimmung gegen eine gut arbeitende Landesregierung zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind überall Verbesserungen möglich. Aber der Antrag der CDU enthält kaum bis nur wenige ernsthafteste Ansatzpunkte für eine bessere Bildungspolitik in Thüringen und deshalb lehnen wir ihn ab. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Doch. Herr Abgeordneter Brandner.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, meine Damen und Herren, ich wollte nichts mehr sagen. Aber nachdem ich dann gehört habe, wir haben noch 15 Minuten und 50 Sekunden Zeit,

(Heiterkeit AfD)

ist natürlich der Drang ziemlich groß. Letztendlich ausschlaggebend war Frau Rosin, hier vorn am Rednerpult, die sich hier hingestellt hat und der CDU ein rein populistisches Handeln vorgeworfen hat, was die Sondersitzung dieses Plenums heute angeht. Ich muss sagen, Frau Rosin, da haben Sie hundertprozentig recht und den Nagel auf den Kopf getroffen.

Diese Sondersitzung wurde einberufen, nachdem die CDU gemerkt hat, oh, Mensch, die AfD hat eine Sondersitzung einberufen, da müssten wir auch was machen. Welches Thema nehmen wir denn da? Da wurde ein Thema herausgearbeitet. Ich will mal sagen, der Antrag ist ja ganz vernünftig – oder sagen wir mal, der Antrag ist nicht vernünftig, aber

vernünftig geschrieben. Man kann ihn lesen und er besteht aus 19, nein, neun Berichtsverlangen an die Landesregierung, aus 18 Aufforderungsverlangen an die Landesregierung und dann noch so als Sahnehäubchen an eine Ministerin, die die erste linke Bildungsministerin seit Margot Honecker ist.

(Beifall AfD)

Das ist ja schon Sprengstoff an sich. Diese Formulierung übrigens ist jetzt nicht direkt von mir, sie stammt aus der „ZEIT“ von vor einigen Tagen. Und da sollte man doch meinen, da ist Sprengstoff drin. Die erste linke Bildungsministerin seit Margot Honecker. Die Haarfarbe etwas anders, aber ansonsten, sage ich mal, vom Stil her nicht völlig auf der anderen Seite. Zumindest aber genauso maßlos und hoffnungslos überfordert wie Margot Honecker. Da denkt man sich, das ist ein Thema, darauf hat sich die CDU vorbereitet und wir waren mit Spannung hier, saßen und wollten hören, was Sie dazu sagen, zu Ihren neun Berichtsverlangen und 18 Aufforderungen. Und dann kommt der Herr Mohring hier vorn hin, ausgewiesener Bildungspolitiker seiner Fraktion, genauso wie ich ausgewiesener Bildungspolitiker meiner Fraktion bin, stellt sich hier hin und wir dachten alle, Mensch, da redet jetzt der Chef zu den neun Berichtsverlangen und 18 Aufforderungen. Und was macht Herr Mohring? Er pickt sich den armen, überforderten Justizminister heraus, macht ihn zum Thema seiner Rede. Einen Justizminister, der sich – begründet oder nicht – wohl um die Versetzung seines Sohnes in der 10. Klasse gekümmert oder gesorgt hat. Dieser Justizminister war die Zielscheibe des Spotts und der Angriffe von Herrn Mohring über mehrere Minuten lang. Dieser Justizminister wurde mit keinem Wort erwähnt, und das ist der wahre Skandal an diesem Justizminister, meine Damen und Herren: Nicht, dass er sich um seinen Sohn kümmert, das mache ich gelegentlich auch und ich war auch froh, wenn mein Vater sich um mich gekümmert hat, auch wenn es dem einen oder anderen vielleicht so vorkommt, als sei das schiefgelaufen. Jedenfalls – der eigentliche Skandal dieses Justizministers ist doch, dass er der Dritte in der Riege der Minister dieser Regierung ist, der vom Verfassungsgericht vorbestraft ist, der verfassungsgerichtlich vorbestraft ist, weil er die Verfassung gebrochen hat,

(Beifall AfD)

weil er rechtswidrig zum Boykott von ordnungsgemäß angemeldeten Demonstrationen aufgerufen hat. Deshalb ist dieser Justizminister aus meiner Sicht untragbar. Nicht, weil er sich um seinen Sohn kümmert. Das hätten wir vielleicht auch ein bisschen herausstellen sollen, meine Damen und Herren.

Das heißt, diese Sondersitzung – reiner Populismus. Das dokumentiert sich natürlich auch darin, dass zeitweise – ich habe einmal so ein bisschen

(Abg. Brandner)

Kahane gespielt – gerade einmal sechs von 33 CDU-Abgeordneten hier vor Ort waren, als über das Thema, was sie sich als Sondersitzungsthema ausgesucht haben, gesprochen wurde. Daran sieht man: Das war blanker Aktionismus, den sie hier an den Tag gelegt haben, um den Leuten draußen vorzuheucheln, dass Sie vernünftige parlamentarische Arbeit machen. Aber die Leute draußen sind nicht blöd, meine Damen und Herren, auch von der CDU, sie merken das, sie merken, wo Substanz dahinter ist – nämlich bei der AfD – und wo nicht mehr als heiße Luft herauskommt – nämlich bei Ihnen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Gibt es jetzt weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen.

Ich frage noch einmal bei der CDU-Fraktion nach. Ich habe gehört, Sie wollen das an den Ausschuss überweisen. Ist das korrekt? Dann stimmen wir über die Ausschussüberweisung ab – ich nehme an, den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das haben Sie richtig gehört!)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ja!)

Das habe ich nicht gehört.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Habe ich gesagt!)

Okay. Dann stimmen wir über die Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU in Drucksache 6/2452 an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der CDU. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der AfD. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

(Unruhe CDU)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nummer II des Antrags der Fraktion der CDU in Drucksache 6/2452. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion der CDU. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus den Koalitionsfraktionen und

der Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich frage aber noch einmal ab, ob das Berichtersuchen zu Nummer I des Antrags erfüllt ist? Ich gehe jetzt davon aus, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Habe ich nicht gesagt. Nein!)

Dann müssen Sie einen Antrag stellen, dass es nicht erfüllt ist.

(Unruhe CDU)

Wenn Sie sagen, das Berichtersuchen ist nicht erfüllt, müssen Sie mal Ihr Mikrofon benutzen, deswegen haben Sie das. Ich habe das nicht gehört. Ist das Berichtersuchen erfüllt, Herr Mohring?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Nein, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Jung:

Und nun? Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung, ob das Berichtersuchen erfüllt ist. Wer der Auffassung ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? Die Stimmen der CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? Das sind die Stimmen aus der Fraktion der AfD. Damit hat der Landtag festgestellt, dass das Berichtersuchen erfüllt ist.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und damit die zweite Sondersitzung des Thüringer Landtags am heutigen Tag.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die nächste, ebenfalls außerplanmäßige Sitzung am Mittwoch, dem 17.08.2016, um 13.30 Uhr stattfindet.

Ende: 17.40 Uhr